

Metallarbeiter-Zeitung

Wochenblatt des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes

Bezugspreis monatlich 50 Pf., Einzelnummer 15 Pf.
Postscheckkonto der Hauptkasse des DMV, Berlin Nr. 138262
Postscheckkonto der Verlagsgesellschaft des DMV, Berlin Nr. 121218

Verantwortlicher Schriftleiter Fritz Kummer
Schriftleitung und Versandstelle Berlin SW68, Alte Jakobstraße 148
Fernsprecher A 7 Dönhoff 6750-6753

Erscheint wöchentlich am Sonnabend
Schriftsätze ohne Freiumschlag werden nicht zurückgesandt
Eingetragen in der Reichspostzeitungsliste

Warum bist du arbeitslos?

Immer wieder müssen wir auf diese brennende Frage zurückkommen, obwohl wir überzeugt sind, daß bei weitem die meisten Leser jetzt gut darüber Bescheid wissen. Die Unternehmer unterhalten zahllose Soldschreiber, die dafür bezahlt werden, daß sie die Öffentlichkeit über diese wichtigen Dinge dumm machen. Deshalb gilt es, unermüdet die wahren Zusammenhänge klarzulegen, damit jeder Kollege instande ist, dem Lügengewebe entgegenzutreten.

Einen sehr einfachen Gedankengang lassen die Unternehmer vortragen, nämlich so: wir müssen Arbeitskräfte entlassen, weil das Betriebskapital nicht ausreicht; das reicht nicht aus, weil wir zuviel weggeben müssen, teils an den Staat für Steuern, teils an die Arbeiter für Löhne und Sozialbeiträge. Man senke also die Steuern, die Löhne und Sozialbeiträge, dann werden wir Geld genug haben, um wieder mehr Arbeitskräfte zu beschäftigen, Arbeitslosigkeit und Krise werden aufhören.

Das kommt also darauf hinaus: Wenn die Arbeiter weniger Lohn kriegen, wird es ihnen besser gehen! Glauben wird das ja kein Arbeiter. Außerdem werden die Löhne schon lange stark gesenkt, mindestens seit Herbst vorigen Jahres, und es ist nicht besser, sondern immer schlechter geworden. Aber ob nicht mancher Arbeiter sich wird einreden lassen, es sei nötig, die Löhne der — anderen zu senken? Prüfen wir deshalb jenen Gedankengang.

Daß die Steuern und auch die Sozialabgaben kolossal hoch sind, wissen die Arbeiter selbst am besten; sie müssen ja weitaus das meiste dazu zahlen. Aber warum sind sie so hoch? Erstens mal wegen der Kriegslasten. Es stimmt zwar nicht ganz, daß deswegen Kapitalmangel herrscht, denn an den Sachlieferungen verdienen die Unternehmer, und die direkten Zahlungen leistet das Reich, dessen Einkünfte nur zum kleineren Teil von den Besitzenden aufgebracht werden. Aber lassen wir das, weil ja immerhin die Kriegszahlungen (die sogenannten „Reparationen“) eine schwere Last sind. So bleibt jedoch die Frage: warum müssen wir sie zahlen? Wer hat den Krieg verschuldet und zu wessen Vorteil ist er geführt worden? Wir Älteren haben nicht vergessen und werden es den Jüngeren immer wieder sagen, daß es die deutschen Unternehmer waren, die nach den Erfeldern von Longwy und Briey Gelüste trugen sowie nach sonstigem Land, das den „Feinden“ gehörte, und die noch überdies sich nicht einmal scheuten, eben denselben „Feinden“ auf Umwegen Kriegsmaterial zu liefern, weil sie Geld daran verdienten. Wegen der Kriegslasten mögen sie sich an die eigene Nase fassen.

Dagegen wissen wir andere Gründe, weswegen die Steuern so grausam hoch sind. Zahlt nicht das Reich Jahr für Jahr gewaltige Summen an die davongelaufenen Fürsten und ihren schmarotzenden Anhang? Verlangen nicht Jahr für Jahr so und so viele Unternehmer Subventionen von Reich und Staat?, d. h. Unterstüztungen in barem Geld? Da wimmelt es von Osthilfen und Westhilfen und wer weiß nicht, was noch alles. Sind nicht soeben erst für zwei pleitegegangene Banken runde 350 Millionen M vom Reich hergegeben worden? Was wunder, daß dann die Steuern so hoch sind. Wenn aber alle diese vielen Pensionen für Müßiggänger und Unterstüztungen für Unternehmer nicht gezahlt würden, dann hätte das Reich Geld genug für die Arbeitslosen und die Armen, und dann könnten die Sozialbeiträge kleiner sein.

Und nun sollen gar die Löhne zu hoch sein. Aber es wurde schon oben bemerkt, daß mindestens seit dem Herbst vorigen Jahres die Löhne fortwährend gesenkt worden sind. Und zwar um gewaltige Summen. Allein in den drei Monaten Januar, Februar, März dieses Jahres haben nach amtlicher Angabe — die deutschen Arbeiter, Angestellten und Beamten wenigstens 1500 Millionen M Einkommen durch Lohnsenkung verloren. Dies ist aber, wie das Statistische Amt ausdrücklich betont, eine vorsichtige Schätzung. Nun, diese ungeheuren Summen haben doch die Unternehmer in der Tasche behalten. Und der Lohnabbau wird unentwegt fortgesetzt. Kein Tag vergeht ohne neue Lohnsenkung. Immer neue riesige Summen sparen also die Unternehmer täglich an den Löhnen. Wie kann es ihnen da an Kapital mangeln?

Und damit kommen wir zur Hauptsache: es ist gar nicht wahr, daß die Arbeitslosigkeit durch Mangel an Betriebskapital entstanden sei. Mögen die Unternehmer von der heutigen Lage sagen, was sie wollen — in früheren Jahren hat es ihnen ganz bestimmt nicht an Betriebskapital gefehlt. In der Zeit von 1924 bis 1929 — alles nach amtlicher Angabe — ist die Produktion in Deutschland sehr stark vermehrt, fast genau verdoppelt worden. Das geht ja wohl nicht ohne Betriebskapital. Damals also haben die deutschen Unternehmer ganz sicher Betriebskapital gehabt und haben es auch in der Produktion angelegt. Und in denselben sechs Jahren ist die Arbeitslosigkeit so fürchterlich gewachsen! Von 745 000 auf mehr als 1 700 000! Man lügt uns also etwas vor, wenn man erzählt, sobald Betriebskapital vorhanden sei, werde die Arbeitslosigkeit schwinden. Nein, im Gegenteil, gerade

als viel Betriebskapital in die Produktion hineingesteckt wurde, hat die Arbeitslosigkeit so grauenhaft um sich gegriffen. — Warum? Darüber ist sich kein Arbeiter im Zweifel, der im Betriebe gestanden hat, er denkt an das fließende Band, denkt an die Rationalisierung. Bei jeder neuen Erfindung flogen die Arbeitskräfte massenhaft aus dem Betriebe heraus. Die Rationalisierung steht aber nicht etwa still. Erst Mitte August wieder berichteten die Zeitungen: im Braunkohlenbezirk Niederlausitz ist eine Riesenförderbrücke aufgestellt worden, die 50 m hohes Erdreich abbaggert, die Kohlenflöze abbaut und sie im Tagebau fördert, „ohne daß bei den vielen hierzu nötigen Arbeitsgängen Menschenhände sich zu mühen brauchen“. Jede einzelne solcher Maschinen ersetzt die Arbeit von 350 Bergleuten, die nie wieder in ihrem Beruf Beschäftigung finden können. Aber freilich kostet auch jede einzelne dieser Maschinen bis zu 10 Millionen Mark! Da können wirs mit Händen greifen, wie die Dinge zusammenhängen. Je mehr Betriebskapital der Unternehmer in die Hände bekommt,

desto bessere Maschinen stellt er auf, und desto mehr Arbeitskräfte werden überflüssig. Daran schließt sich aber als weitere Folge: die ungeheure Masse der Arbeitslosen und dazu noch die Lohngekürzten können nicht mehr viel kaufen, der Absatz stockt, es kommt die Krise, Betriebe werden eingeschränkt und stillgelegt, die Arbeitslosigkeit wächst noch toller!

So gehen die Dinge zu in dieser wahnsinnigen kapitalistischen Welt. Dagegen hilft keine Lohnkürzung. Im Gegenteil, dann können die Massen noch weniger kaufen, der Absatz stockt noch schlimmer. Auf der anderen Seite verwenden die Unternehmer die einbehaltenen Löhne wieder zu neuer Rationalisierung, und die Arbeitslosigkeit wächst noch mehr.

Nein, dagegen hilft nur Enteignung des Kapitals, Enteignung aller Produktionsmittel. Dann kann man sie immer weiter rationalisieren, immer mehr Arbeitskräfte freisetzen. Der Ertrag fließt ja dann nicht in die Tasche einzelner Privatunternehmer, sondern er wird dazu verwandt, alle zu ernähren und die Freigesetzten an immer neue, für alle nützliche Produktion zu setzen. Das ist die einzige Möglichkeit, der Arbeitslosigkeit und der gegenwärtigen Krise ein Ende zu machen. Ibykus.

Volksnot und Futterkrippe

Hier ist eine Notverordnung tatsächlich am Platze

Das Einkommen der Arbeiter wird durch amtliche Schiedssprüche und Kürzung der Arbeitslosenunterstützung und der Invalidenrenten, dann durch Krisensteuer und Gott weiß was sonst noch unerhört gekürzt. Auf die Klagen über diese vielgestaltige Schröpfung der unteren Schichten kommt als Antwort, die Leere der öffentlichen Kasse zwingt dazu. Das kann man unmöglich für wahr halten, so lange man nicht an die Pfundenreicher Nichtsteuer mit der gleichen Rücksichtslosigkeit herangeht, wie an die kargen Groschen der armen Teufel. Da wäre eine dicke Stange Gold zu holen. Allein aus der preußischen Staatskasse werden, wie wir der „Chronik der Menschheit“ entnehmen, an abgesetzte Fürsten alljährlich gezahlt:

1. Alexander Friedrich, Landgraf v. Hessen	612 000 M
2. Friedrich Karl Prinz von Hessen	96 000 M
3. Chlodwig, Landgraf v. Hessen-Philippsthal-Berschfeld, als Nachfolger des 1925 verstorbenen Landgrafen Ernst Eugen	150 000 M
4. Chlodwig, Landgraf v. Hessen-Philippsthal	150 000 M
5. Albert, Herzog zu Schleswig-Holstein-Sonderburg-Augustenburg	181 013 M
6. Friedrich Ferdinand, Herzog zu Schleswig-Holstein-Sonderburg-Glücksburg	195 450 M
7. Fürst von Hohenzollern-Sigmaringen	75 000 M
8. Herzog von Arenberg	51 291 M
9. Fürst zu Salm-Salm	58 170 M
10. Fürst zu Salm-Horstmar	60 000 M
11. Herzog von Croy	18 000 M
12. Fürst zu Sayn-Wittgenstein-Berleburg	46 216 M
13. Fürst zu Sayn-Wittgenstein-Hohenstein	22 500 M
14. Fürst zu Wied	46 511 M
15. Fürst zu Solm-Hohensolms-Lich	7 667 M
16. Graf zu Alt-Leiningen-Westerburg	20 306 M
17. Die Nachkommen der Gräfin Reichenbach	38 812 M
18. Fürst zu Bentheim-Steinfurt	1 500 M
19. Fürst von Rheina-Wolbeck	3 700 M
1 834 136 M	

An diesen Summen ist zu ermessen, wie fabelhaft freigebig die „alldemokratischste“ der Republiken sein kann, wenigstens mit blaublütigen Nichtstuern. Daß sie so reichlich aus dem Steuersäckel eines hungernden Volkes beschenkt werden, ist einfach empörend. Weil längst vermoderte Geschlechter so namenlos gutmütig waren, sich die blaublütigen Geschäftsmacher aufhalsen zu lassen und sie zu füttern, darcm soll das heutige Geschlecht ihre Nachkommen von gleicher wirtschaftlicher Nichtswertigkeit weiterfüttern? Die kapitalistische Presse entrüstet sich wild über die armselige Arbeitslosenunterstützung und nennt sie eine Faulheitsprämie. Hat schon jemand vernommen, daß diese Presse sich über die so schweren Geschenke des Staates an die fetten Gottesgnadlinge aufregt? Es wäre wirklich gut zu hören, ob auch die Entbehrungslöhne an Wilhelm II und seine gleichfalls nichtstuernden Standeskollegen ebenso gekürzt worden sind, wie die Tariflöhne der Arbeiter, Angestellten und Beamten. Daß es nicht geschehen ist, wird man ohne Beweis glauben. Das ist, wie wir meinen, denn doch die Lammsgeduld eines Volkes unerhört mißbraucht.

Mit der Weiterfütterung der Nachkömmlinge ehemaliger Fürsten ist indessen die Freigebigkeit der Republik noch keineswegs zu Ende. Den Dank des Vaterlandes, den sie den Kriegsinvaliden durch Kürzung ihrer Bezüge ausdrückt, erstattet sie denen, die es haben, in unverdünnter Dicke. Es bekommen zum Beispiel die verflochtenen Staatssekretäre und Minister der kaiserlichen Zeit:

Michaelis	27 000 M	v. Gofler	24 960 M
v. Jagow	22 152 M	Schüch	24 960 M
Arth. Zimmermann	23 712 M	v. Stein	24 960 M
Dr. W. Solf	13 860 M	Dernburg	17 784 M
v. Einem	24 960 M	v. Lindequist	22 464 M

Von den kaiserlichen Generälen erhalten an Pension im Jahr:

Mackensen, Linsingen, Kluck, Kuhl, Below, Kressenstein, Ludendorff, Sanders, Schock, Xylander, Plessen usw. je	16 983 M
--	----------

Auch den Ministern und Staatssekretären der neuen Zeit gegenüber ist die Republik äußerst nobel. Sie wirft zum Beispiel alljährlich aus an:

Dr. Marx	30 000 M	Erich Emminger	19 032 M
Dr. Scholz	13 368 M	Otto v. Schlieben	16 860 M
(außerdem erhält er als Oberbürgermeister noch eine Pension von 9720 M)		Dr. Heinr. Albert	21 840 M
Johann Becker	22 152 M	Dr. v. Rheinbaben	15 921 M
Moldenhauer	30 000 M	Reichskanzler: Cuno	18 000 M
Hans v. Raumer	15 912 M	(neben einem Generaldirektor-Gehalt von 600 000 M)	
Dr. Alb. Neuhaus	20 904 M	Dr. Luther	28 000 M
Stingl	25 000 M		

Mit dieser Auslese möge es sein Bewenden haben. Insgesamt sind es 1856 Minister, Staatssekretäre, Generäle, Admiräle usw., die an Pensionen und Wartegeld 23 095 000 M im Jahr beziehen. Das sind jedoch nur die Großpensionäre des Reiches. Hinzu kommen noch die der Länder und Gemeinden, die ebenfalls einen starken Haufen ausmachen. Alle diese Zeitgenossen bekommen die fetten Renten für — na, wofür wohl? Für ihre Verdienste fürs Volk? Kann sich einer der Verdienste erinnern? Ach ja. Da ist zum Beispiel der frühere Reichskanzler Cuno. Dessen Verdienst war sicherlich außergewöhnlich groß: er hat doch alle Deutschen zu Billionären gemacht! Wie steht es aber mit den Verdiensten der Herren Stingl, Emminger, Marx, Moldenhauer, Albert und ihrer Artgenossen? Oder gar der Verdienste des unvergeßlichen Reichskanzlers Michaelis? Diese Frage möge sich jeder selbst beantworten.

Die armseligen Bezüge der Kriegsinvaliden und Arbeitslosen wurden kurzerhand durch Notverordnung beschnitten. Diese einfache Maßnahme hält die Reichsregierung bei den Großpensionären offenbar nicht für tunlich. Ihnen wollte man — Mahnbriefe schreiben. Selbst das ist unterlassen worden. Warum, kann sich jeder denken.

Die Großpensionäre gehören dem Zentrum und den noch mehr rechten Parteien an. Ein Teil von ihnen steht bestimmt nicht auf der Seite der Republik. Es wäre gut, zu wissen, wieviel von den Pensionen, die von den Steuergroschen der Republik bezahlt werden, an die Nationalsozialisten und andere Feinde der Republik weitergeht. Die Stahlhelmparaden und faschistischen Taten werden genährt von den Summen, die den Großpensionären von Staats wegen gezahlt werden. Die Republik füttert mit ihrem eigenen Gelde ihre Feinde! Einen solchen Zustand hat noch kein Land gesehen. Braucht man sich daher zu wundern, daß das Vertrauen zu Deutschland auf dem Gefrierpunkt steht?

Hier wäre eine Notverordnung wirklich am Platze. Und diese würde nicht, wie die anderen, neue Not verordnen, sondern Segen. Glaubt aber irgendein Mensch, daß diese Regierung eine solche Notverordnung herausbringen wird?

Aus dem Inhalt

Warum bist du arbeitslos? — Volksnot und Futterkrippe	271
Der 14. Gewerkschaftskongreß in Frankfurt a. M.	272
Kinder werden gequält — Das Leben der Marie Szameltat	273
Eine Kluff droht — Schon wieder ein Plan der KPD	274
Wie man in Japan streikt — Die französische Elektrizitätsindustrie — im freiwilligen Arbeitsdienst	275
Schriftschau — Anzeigen	276

Der 14. Gewerkschaftskongreß in Frankfurt a. M.

Sein eindrucksvolles Vorspiel

F. K. Der Kongreß der freien Gewerkschaften Deutschlands trat am 31. August in Frankfurt a. M. zusammen. Ihm ging tags zuvor eine öffentliche Kundgebung der Frankfurter Arbeiterschaft voraus, woran zahlstarke Abordnungen aus den benachbarten Orten teilnahmen. Am Sonntagvormittag marschierten starke Züge von organisierten Arbeitern, der Alten wie der Jugend, zum Gelände der Festhalle. Aufgebote des Reichsbanners bildeten eine eindrucksvolle Begleitung. Das Viereck am Hause der Moden war gefüllt mit Gewerkschaftern, Spielmannsjungen, Musikkapellen und Sängern. Auf den Terrassen des Hauses hatten sich inmitten eines Waldes von gewerkschaftlichen und sozialdemokratischen Fahnen die Kongreßteilnehmer versammelt. Die Spieler der Arbeitersportler eröffneten die Kundgebung mit rhythmischen Gesängen, denen ein Spiel des Orchesters des Musikerverbandes folgte. Die Arbeitersänger Frankfurts sangen das „Arbeiterlied“.

Nach dieser klangvollen Einleitung begrüßte für die Ortsgruppe des ADGB deren Sekretär Misbach die Teilnehmer an der Kundgebung sowie die in- und ausländischen Kongreßteilnehmer. Hierauf hielten Wilhelm Eggert vom Vorstand des ADGB, der internationale Sekretär Schevenels und der österreichische Bundesdelegierte Schorsch die Begrüßungsreden. Nachdem noch ein Lied der Sänger und ein Musikstück erklungen waren, ordneten sich die 10 000 Teilnehmer zu einem Zuge durch die Stadt zur Hauptwache, wo er sich auflöste. Zu beiden Seiten der Durchgangsstraßen preßte sich, Spalier bildend, eine vieltausendköpfige Menge, die mit ihrer Sympathie für die Kundgebung nicht kargte.

Am Abend des Sonntag fand im Palmengarten eine zwanglose Begrüßung der Kongreßteilnehmer statt. Der Not der Zeit entsprechend, war dieser Abend äußerst einfach gehalten. Die kurze Begrüßungsrede des Genossen Misbach war von Musikstücken und Gesangsvorträgen umrahmt. Es war diesmal für die Delegierten und Gäste Zeit genug gelassen, untereinander Fühlung zu nehmen, sich gegenseitig zu unterrichten und sich über die Einzelheiten des Kongresses zu unterhalten. Die Einfachheit und Zwanglosigkeit der Veranstaltung wurde ganz allgemein als sehr angenehm und nachahmenswert empfunden. Die allgemeine Aufmerksamkeit galt natürlich dem Kongreß selbst.

Die Eröffnung des Kongresses.

Am Montagmorgen, lange vor der festgesetzten Stunde, zogen die Delegierten einzeln und in Gruppen zum Palmengarten. Mit ihnen trafen Gewerkschafter aus Frankfurt und Umgebung, ja von ganz Deutschland ein. Auf den Gesichtern war die Spannung zu lesen, mit der dieser Tagung entgegengesehen wurde.

Der große Saal des Palmengartens und seine Galerie füllten sich bald. Die 306 ordentlichen Delegierten, darunter 62 Metallarbeiter, waren im Saale verbandsweise gruppiert. Die beiden Tafeln für die Vertreter der Behörden waren übertoll besetzt. An einem Eckplatz gewahrte man den Reichsarbeitsminister Stegerwald mit einigen Räten seines Ministeriums, des Reichsverkehrsministeriums und hessischer, preußischer und bayerischer Ministerien. Die Provinz Hessen-Nassau war durch ihren Oberpräsidenten, unseren Kollegen August Haas, vertreten. Oben auf der Bühne, hinter dem Präsidententisch, sah man bekannte Gesichter der Gewerkschaftsinternationale. Von Österreich, Ungarn, der Schweiz, Frankreich, der Tschechoslowakei, Schweden, Holland, Belgien, Dänemark, Polen und dem Memelgebiet waren Abgesandte erschienen.

Kurz vor 9.30 Uhr klang von der Galerie dem Kongreß zum Gruß der Gesang:

Die ihr auf harter Erde haust!
Wir sind der Sturm!

Gleich darauf erhob sich der Vorsitzende des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes, Theodor Leipart, um den Kongreß zu begrüßen. Er erinnerte daran, daß dies der zweite Gewerkschaftskongreß in Frankfurt sei. Welch großer Wandel und Aufstieg zwischen der Tagung vor 32 Jahren und der heutigen. Damals, so betonte der Redner, kämpften wir noch um das Koalitionsrecht, das zu jener Zeit von der Garde der Polizei abhing. Es mußte noch um den gemeinsamen Arbeitsnachweis gestritten werden, der Tarifvertrag wurde gerade erst grundsätzlich entschieden. Die Wahl eines Schriftleiters für das Blatt der Gewerkschaften, für das „Correspondenzblatt“, galt als eine gewaltige Tat. Hier in Frankfurt fiel das bekannte Wort von Ferdinand Lasalle von der verdammt bedürfnislosigkeit der deutschen Arbeiter, die ein schwerer Nachteil für den Aufstieg der Arbeiterklasse ist. Dank der Tätigkeit der Gewerkschaften haben die Arbeiter einen höheren Lebensstand errungen. Aber es scheint, als wolle man die Arbeiterklasse jetzt wieder

in jene Bedürfnislosigkeit zurückstoßen.

Die letzte Zeit ist so fahrt Genosse Leipart fort, mancher Kongreß wegen der Wirtschaftsnot vertagt worden. Dieser Kongreß aber mußte gerade wegen dieser Not abgehalten werden, weil er Mittel und Wege beraten soll, der Not zu steuern. Er muß die für diese Not Verantwortlichen feststellen und die herrschende Klasse warnen vor der Annahme, daß der Arbeiterschaft noch mehr Entbehrung zuzusetzen werden kann. Uns stehen große Kämpfe bevor. Hierfür die Arbeiterschaft bereit zu machen, ist die Aufgabe dieser Tagung. (Stürmischer Beifall.)

Im Namen aller freien Gewerkschaften Frankfurts ließ Genosse Misbach den Kongreß willkommen. Dasselbe tat der Bürgermeister Gräf namens der Stadt. Dann nahm der

Reichsarbeitsminister Stegerwald

das Wort zu einer Ansprache. Der Minister betonte, daß wir in der größten Krise seit den napoleonischen Kriegen litten. In dieser Krise habe auch ich der Arbeiterklasse schwören müssen. (Stürmisches: Sehr richtig!) Wir dürfen, so erklart der Redner, uns nicht der Illusion hingeben, daß die Weltkrise und die Arbeitslosigkeit schnell zu beseitigen sind. Was auch in Deutschland und Europa zur endlichen Befriedigung Europas geschehen und wie sind die Arbeitslosen über den nächsten Winter hinwegzubringen? Das sind zurzeit die wichtigsten Fragen. Wir stehen in Deutschland noch vor einem unruhigen Staat. Die herrschende Klasse will zurück zu dem Zu-

stand von 1914, die Jugend sieht keine Zukunft. Dazu kommt die ungeheure Wirtschaftsnot. Deutschland muß die hohe Kriegschädigung zahlen und hat einen stark aufgeblähten Verwaltungsapparat zu unterhalten. Im Jahre 1914 kostete dieser Apparat 544 Millionen, jetzt 1472 Millionen Mark. Schlimm steht es mit der Sozialversicherung. Die Beiträge zu ihr betragen jetzt schon 20 vH des Grundlohnes. Die Anforderungen werden im nächsten Jahre noch viel höhere sein. Es ist ein schwieriges Problem, die sozialpolitischen Errungenschaften über die Krise hinauszubringen. Wie steht es mit der Arbeitslosigkeit im nächsten Winter? Es müssen alle Maßnahmen begrüßt werden, inwieweit durch Verkürzung der Arbeitszeit und Unterbringung der Jugend die Arbeitslosigkeit gemildert werden kann. Außerordentliche Umstände verlangen außerordentliche Mittel. Das deutsche Volk mußte sich schämen, wenn die Arbeitslosen im kommenden Winter nicht versorgt würden. Wenn sich die Opferbereitschaft der besitzenden Klasse nicht stärker wie bisher zeigen sollte, muß mit gesetzlichen Mitteln nachgeholfen werden (Beifall und Rufe: Die Botschaft hör ich wohl — —) Die Gewerkschaften haben Unermeßliches für Volk und Staat geleistet. Auf sie wird auch künftig gezählt werden müssen. Darum begrüße ich sie, so schloß der Minister, im Namen der Reichs- und preußischen Behörden, und wünsche den Beratungen besten Erfolg.

Der Vorsitzende Leipart erklärt auf die Rede des Reichsarbeitsministers: Ich muß das Bekenntnis ablegen, daß ich heute vom Reichsarbeitsminister bezüglich der Verkürzung der Arbeitszeit, der Einführung der 40-Stunden-Woche eine bestimmtere Erklärung erwartet habe, als die Erklärung, daß man unter diesen und jenen Umständen dies oder das tun werde. Gewiß hat der Arbeitsminister hier Mut gezeigt, aber es gibt ein deutsches Sprichwort: Der Starke weicht mutig zurück! Wir müssen erwarten, daß dies nicht auch in diesem Falle zutrifft. (Stürmische Zustimmung.)

Nachdem der Sekretär der Gewerkschaftsinternationale Schevenels und einige andere Gäste den Kongreß begrüßt haben, wird das Büro gewählt. Die Genossen Brandes (Metallarbeiter), Schumann (Gesamtverband) und Leipart werden als Vorsitzende erkoren. Es gibt nun Theodor Leipart den Tätigkeitsbericht des Vorstandes des ADGB.

Der Redner beginnt mit der Darstellung des Wandels der wirtschaftlichen Verhältnisse der letzten Jahre. Mit dem Niedergang der Wirtschaft, sagt der Redner, setzte der Ansturm auf die Tarifföhne ein. In den Jahren 1928/29 ist es den Gewerkschaften gelungen, die Tarifföhne um etwa 13 vH zu erhöhen; im Jahr 1930 aber mußten die übertariflichen Löhne geopfert werden, und 1931 wurden sogar die Tarifföhne um rund 6 vH gekürzt. Die Reichsregierung ist dem Unternehmertum eifrig zu Hilfe gekommen, indem sie die Parole der allgemeinen Lohnsenkung in ihr Programm nahm und die Schlichter entsprechend beeinflusste. Das ist der schärfste Vorwurf, den wir der jetzigen Regierung zu machen haben. Überprüfen wir die letzten drei Jahre, dann müssen wir zu der Anklage kommen, daß

die Lasten der Wirtschaft nun so stärker auf die Arbeiter abgewälzt worden sind, je mehr wir uns dem Tiefstande der Wirtschaftstätigkeit genähert haben.

Einerseits wurden die Sozialversicherung verschlechtert, die Löhne gedrückt, die Krisen- und Negersteuer eingeführt, auf der anderen Seite den Besitzenden eine Fülle von Geschenken in Gestalt von Subventionen, Schutzzöllen, steuerlichen Entlastungen usw. gewährt. Die Subventionen, Darlehen und Kreditgarantien werden auf 838 Millionen, der Geldvorteil aus überhöhten Preisen auf 25 Milliarden Mark geschätzt. Wir müssen dringend verlangen, daß keine Steuermark fern derjenigen zugewendet wird, die ihr Geschäft noch in Urverweise betreiben, sondern denen zugeleitet wird, die keine Arbeit und kein Brot finden können.

Die Arbeitsbeschaffung ist höchst unbefriedigend. Trotz der Ermächtigung durch die Notverordnung ist von der Regierung noch gar nichts für die Arbeitsbeschaffung getan. Wir wissen wohl, daß wir von den noch beschäftigten Arbeitern ein großes Opfer verlangen, aber dennoch sollte dieser Kongreß ebenfalls erklären, daß er in der Verkürzung der Arbeitszeit das sofort wirkende Mittel erblickt, die Zahl der Arbeitslosen zu verringern.

Die Wirtschaftskrise trifft den jüngeren Mann besonders schwer. Deshalb muß schon heute mehr als bisher von privaten und öffentlichen Unternehmen die Nachwuchsschulung betrieben werden. Die Leistungen der sozialen Versicherung haben nichts gemeinsam mit Pensionen und Leistungen aus öffentlichen Mitteln. Wir weisen es darum entschieden zurück, daß im Kampfe gegen die Sozialversicherung immer wieder öffentliche Lasten mit den Leistungen der Sozialversicherung zusammengeworfen werden. Auch die Arbeiter haben Anspruch auf ausreichende Versorgung in Notfällen und im Alter. Sie zahlen dafür ihren Beitrag, um der öffentlichen Wohltätigkeit nicht zu bedürfen.

Innerehalb unseres Bundes hat die Konzentration der Kräfte weitere Früchte getragen. Die Zahl der im Bund vereinigten Verbände ist durch Zusammenschluß von 35 auf 30 gesunken. Als ein wichtiges Ereignis der Berufszeit ist die Eröffnung der Bundesschule in Barmen zu erwähnen. Der Ärger der Gegner über diese Schule kann nur unseren Willen stärken, die Bildungstätigkeit der Gewerkschaften ruhig fortzusetzen. Zum Schluß seiner Rede erklärte Leipart, daß dies Freijahr der Reparationszahlung dazu benutzt werden müsse zu einer vernünftigen Regelung des Reparationsproblems. Dies sei die Voraussetzung für die Rettung aller Länder aus der Wirtschaftskrise. (Allgemeiner Beifall.)

Die Aussprache über den Vorstandsbericht

eröffnet Reichgräber (Metallarbeiter): Wir müssen uns mit dem Tun und Unterlassen der Reichsregierung beschäftigen. Warum kümmert sie sich nicht um die Not der arbeitenden Masse? Deren Not verlangt vor allem einmal die Verkürzung der Arbeitszeit. Warum wird nicht zu ihren Gunsten eine Notverordnung gemacht? Wenn die Beiträge zur Sozialversicherung schon 20 vH betragen, dann kann der Arbeiter einfach nicht mehr bezahlen. Es müssen alle Bevölkerungsschichten herangezogen werden für die Unterstützung der Arbeitslosen. Allein, trotz der entsetzlichen Lage der unteren Schichten läßt die Regierung durch die Schlichter einen Lohnabbau nach dem anderen aussprechen. Es ist sehr wahrscheinlich, daß die Reichsregierung auch weiter unsere Wunden in den Wind schlägt. Darum müssen wir selbst entschlossener zum Handeln übergehen. (Beifall.)

Frau Nieviéra (Textilarbeiterin) verurteilt die Beschneidung der Jugendlichen und der verheirateten Arbeiterinnen durch die Juni-Verordnung. Diese Arbeiterinnen müssen zwar für die Arbeitslosenversicherung zahlen, aber ihre Unterstützung wird beschneidet oder ganz weggenommen. Was die Verordnung gelassen, machen die Schlichter vollends zu beschneiden. Die Schlichter meinen, die verheiratete Arbeiterin brauche nicht so viel zu verdienen wie die andere. Die Schlichter haben kein Recht, der Arbeiterin die Bedürfnisse zu zerschneiden. (Beifall.) Nachdem noch Thomas (Banarbeiter), Schleicher (Holzarbeiter) und Frau Hanna gesprochen hatten, wurde die Verhandlung auf Dienstag vertagt.

Zweiter Verhandlungstag

Die Aussprache über den Vorstandsbericht wird fortgesetzt. Der erste Redner ist heute Kollege Brumme (Metallarbeiter). Er bezweifelt, daß von allen Stellen des ADGB der nötige Nachdruck bei den Notverordnungen ausgeübt worden ist. Wäre es geschehen, sagt der Redner, dann hätten die Verschlechterungen der Arbeitslosenunterstützung kaum so krasch ausfallen können. Auch die Belastung der Arbeitslosen hat seine Grenze. Die Schlichtungsordnung ist kurzerhand beiseite geschoben worden — im Interesse des Unternehmertums. Die Arbeitslosigkeit hat besonders für die Jugendlichen eine unheilvolle Wirkung. Dessenungeachtet hat man

den Jugendlichen die Arbeitslosenunterstützung genommen und gewährt sie nur noch in einer beschränkten Zahl von Fällen. Und das sind nur ein paar Beispiele für die Anschläge auf die Arbeiterklasse (Beifall).

Ziegler (Metallarbeiter): Die Regierung wie die sogenannten Wirtschaftsführer werden die Ausbeutung der Arbeiterklasse fortsetzen. Sie werden die sozialen Unterstützungen weiter stürzen und das Tarifrecht mehr aushöhlen. Wie lange soll das noch fortgehen? Was soll dagegen geschehen? Hierüber muß sich der Kongreß klar werden. Wenn gestern hier der Reichsarbeitsminister Stegerwald erklärt hätte: Solange ich Minister bin, wird es keine Lohnkürzung mehr geben, so wäre das ein Wort gewesen. Aber des Ministers Erklärungen lassen alles Schlimme erwarten. Nur durch die Arbeiterklasse selbst wird eine Besserung zu erreichen sein (Beifall).

Steinheld (Zimmerer) kritisiert scharf die Drosselung der Bauwirtschaft durch Verminderung der öffentlichen Zuschüsse.

Eckert (Metallarbeiter) bespricht gleichfalls den Rückgang der Bautätigkeit und die angebliche Preissenkung. Der Redner wünscht, daß der ADGB noch nachdrücklicher gegen jeden Lohnabbau Front macht. Mit der Aufstellung von Forderungen sei es allerdings nicht getan, Hauptsache sei die Durchsetzung der Forderungen. Wir sollten die

Unterstützung der Regierung Brüning von bestimmten Bedingungen

abhängig machen. Zum Schluß ersucht der Redner einen Antrag der Berliner Metallarbeiter anzunehmen (Beifall).

Frau Gladisch (Metallarbeiter): Wenn man schon von Doppelverdienern spricht, dann sollte man zunächst einmal die pensionierten Offiziere aus der Industrie entfernen. Wenn Kriegerfrauen gewerblich arbeiten, werden ihnen die Renten gekürzt, aber die Regierung scheut sich, die Offizierspensionen anzutasten. Wenn das Schlichtungswesen immer so ausgeübt wird, wie im Berliner Metallarbeiterkonflikt, dann wird die Lage der Arbeitenden bald noch trostloser sein. Die Berliner Metallindustriellen haben uns erzählt, der Senkung der Löhne werde automatisch die Senkung der Lebensmittelpreise folgen. Hat davon irgendeiner etwas gesehen? Ich habe im „Roten Stern“ im Bilde gesehen, daß

in Rußland die Bauarbeiterinnen Steine karren.

Das läßt auf einen schlimmen Zustand des Arbeiterinnenschutzes im „Vaterland des Proletariats“ schließen. Die deutschen Arbeiterverhältnisse hätten sicherlich nicht so verschlechtert werden können, wenn es nicht die kommunistische Wühlerei gegen die Gewerkschaften gäbe. Der Ernst der Stunde gebietet, noch viel mehr Arbeiterinnen in die Reihe der freien Gewerkschaften zu bringen (Beifall).

Wagner (Metallarbeiter) bespricht die Lage der Solinger Heimarbeiter. Ihr Leben sei nur noch ein Vegetieren, verschlimmert durch krasse Wohnungsnot. Durch den Abbau der Sozialversicherungen sei der Heimarbeiter nicht nur imstande, seiner Familie Brot zu geben. Die furchtbare Not hat die Stadtverwaltung von Solingen veranlaßt, im Verein mit den Gewerkschaften besondere Maßnahmen für den kommenden Winter zu treffen. Der Bundesvorstand sollte alles aufbieten, daß den Solinger Heimarbeitern Gerechtigkeit zuteil wird (Beifall).

Kraus (Metallarbeiter): Der Kapitalismus befindet sich in einer Krise, von der er sich niemals wieder erholen wird. Wenn es so ist, so muß gesagt werden, was die Gewerkschaften zu tun haben. Stegerwald hat gestern hier bewiesen, daß er nicht nur durch die Gewerkschaftsschule gegangen ist, sondern noch durch eine andere. Wenn die Sozialdemokratie die Vertretung der Gewerkschaften ist, dann wird sie mitverantwortlich gemacht werden können, für die Taten der jetzigen Regierung. (Lebhafter Widerspruch.) In der Entschließung des Bundesvorstandes wird gesagt, wie notwendig die 40stündige Arbeitswoche ist, aber es sollte da klar gesagt werden, wie sie durchgesetzt werden soll (Beifall).

Nachdem Simon (Schuhmacher) die Arbeitslosigkeit in seinem Gewerbe geschildert und die Notwendigkeit der 40-Stunden-Woche betont hat, spricht Eggert vom Bundesvorstand. Er ist mit Simon ganz einverstanden, daß es

keine Notverordnung mehr gegen die Arbeiterklasse geben darf. Die Juni-Verordnung sollte die Erleichterung der Reparationslast bewirken. Angesichts dieses Versagens ist von einer Milderung der Verordnung nicht mehr die Rede. Wir sind mit der Regierung Brüning völlig unverbunden. Man redet an dem Zustand der deutschen Wirtschaft vorbei, wenn man dabei nicht beachtet, was nach dieser Regierung kommt (Beifall).

In seinem Schlußwort sagt Leipart, man dürfe draußen bei der Masse nicht die Stimmung aufkommen lassen, daß wir, die Führung der Gewerkschaften nicht auf der Höhe ihrer Aufgaben gewesen wäre. Die Durchführung der Aufgaben liegt in den Händen der Verbände und ihrer Funktionäre. Es ist gesagt worden, der Bundesvorstand sei mitverantwortlich für die Politik der Sozialdemokratischen Partei. Wir lehnen die Mitverantwortung nicht ab. Es muß ausgesprochen werden, daß es der Sozialdemokratischen Partei und den Gewerkschaften zu verdanken ist, daß der Faschismus in Deutschland sein Ziel nicht erreicht hat. Wir werden das auch künftig zu verhindern trachten. Wir befinden uns seit einem Jahrzehnt in einer sozialen Revolution.

Wir wollen nicht den Bürgerkrieg, wir wollen den Klassenkampf, um die Lage der Arbeiterklasse zu verbessern. Zu diesem Klassenkampf rufe ich von dieser Stelle die ganze Arbeiterklasse auf, daß er geführt, erfolgreich zu Ende geführt wird. (Stürmischer Beifall.)

Der Kollege Reichel (Metallarbeiter) berichtet namens der Antragskommission. Hierauf wird die zu diesem Punkte vom Bundesvorstand eingebrachte Entschließung vom Kongreß angenommen.

Der Vertreter des französischen Gewerkschaftsbundes, Jouxhauz, begrüßt nun den Kongreß in einer längeren Rede.

Weltwirtschaft und 40-Stunden-Woche.

Zum dritten Punkt der Tagesordnung: „Die Umwälzungen der Wirtschaft und die 40-Stunden-Woche“ spricht Professor Dr. Lederer-Heidelberg. Die zweiwöchentliche Rede wird vom Kongreß lautlos verfolgt. Der Vortrag wird bald als Sonderdruck erscheinen, worauf sehr empfehlend verwiesen sei. Im wesentlichen führte Dr. Lederer aus:

Wir sind heute in unserem ganzen Denken und Handeln stark von dem Zusammenbruch der deutschen und anderen Wirtschaften gefesselt. Eine solche Wirtschaftskrise hat es nie in



Familie und Heim



Kinder werden gequält

Es kommt verhältnismäßig selten vor, daß der Arm des Gesetzes nach einem Elternpaar greifen muß, daß seine gesetzlich verbriefte „elterliche Gewalt“ zu brutalen Handlungen an seinem Kinde mißbraucht hat. Dann aber empört sich in uns alles. So ein Rabenvieh von Vater, so eine entmenschte Mutter! Und wenn sie dann vor dem Richtertisch stehen, erbärmlich, verbittert, verbissen, dann entrollt sich gewöhnlich das trostloseste Gesellschaftsbild. Dann sind die Quäler selber nur arme, gequälte Kreaturen, die an der Kette liegen mit einem vermurksten Leben. Sie sind gar nicht die Hauptschuldigen, so sehr sie auch gesündigt haben. Sie sind nur Auswüchse, keine Einzelschicksale. Wie leben denn wir? Und wie handeln wir? Liegen wir nicht an derselben Kette?

In diesem Zeitalter, das neun Zehntel seiner erwachsenen Menschen nicht gerecht wird, wird der Jugend dieses Geschlechts das Vielfache der Last aufgeladen, und mag es sich auch stolz „das Jahrhundert des Kindes“ nennen. Diese unsere Jugend trägt die ganze Last der Klasse, die ganze Not des Proletariats auf ihren schmalen Schultern.

Es ist so eng um sie herum, daß sie sich fortwährend aneinander stoßen. Sie sind einander jederzeit im Wege und doch aneinander gebunden. Der Tageslauf ist gespickt mit Verböten für das Kind, und wieviel muß sich die Mutter selbst im Laufe eines einzigen Tages versagen! Heiterkeit und Freude? — ein Proletariatskind erlebt herzlich wenig davon. Solange es klein ist, wird es eingeschlossen, wenn seine Mutter etwas zu besorgen hat. Häufig genug passiert es, daß solche Unglückswürmer sich verbrühen oder verbrennen! daß sie aus dem Fenster fallen oder sonst irgendeine „Dummheit“ begehen, wie wir Großen das so klug auszudrücken wissen. Was ist das für eine Leistung von so einem Dreijährigen, „artig“ zu sein während des Alleinseins, das heißt also nicht den Gashahn anzufassen, nicht die Ofentür, nicht den Wasserhahn aufzudrehen, nicht den Kohlenkasten als Schlitten zu benutzen, nicht die Gabel und das Messer aus dem Tischkasten zu nehmen, nicht den Fensterriegel aufzuschieben, überhaupt nicht aus dem Fenster zu schauen. Weinen soll es auch nicht, nur spielen; mit dem, was ihm die Mutter vorher in die Hand gedrückt hat. Auf keinen Fall soll es irgendwas selbständig tun.

Was für eine Qual ist es für die größeren Geschwister, auf die kleineren aufpassen zu müssen. Spielplätze, Haushofe und Straßen zeigen täglich die Trauerspiele der Jüngeren, die mitunter geradezu von den Großen gefoltert werden; denn sie sind es ja, die nach der Erfahrung der Großen sie um die Freuden des Spiels betrügen, sie sind ihnen die Fessel, die vom Fußball abhält; man möchte Indianer spielen und man muß Kinder hüten. Diese großen Kinder sind ja noch gar nicht reif für eine derartige Verantwortung. Ein Erzieher erzählt von einem großen Jungen, der sein Brüderchen bewachen sollte und sich von dieser Aufgabe so befreite, daß er den Kleinen rund herum mit Steinen auf der Wiege einbaute. So hatte er auch gleich die Gewähr, daß der Dreikäsehoch nicht fortkrabbelte. Die Jüngeren sind allemal die Unterdrückten. Ganz besonders „Sachverständige“ nennen das „gegenseitige Erziehung“, und es findet sich auch manch rührseliges Geschichtchen davon in den Schulbüchern. Aber so lernen sich Geschwister

hassen. Sie stehen einander die Freiheit, die Freude, das Kindsein. Meistens müssen sie auch noch das Bett miteinander teilen. Unausgeschlafen sitzen sie dann am nächsten Morgen in der übervollen Klasse vor einem fremden Stoff, mit eigenen Sorgen belastet, mit Fragen, von denen der große Mensch so gerne glaubt, daß ein Kind noch nichts davon ahne. Die seelische, die geistige Enge, in der ein Proletariatskind zu leben gezwungen ist, die bleibt nicht ohne Einfluß; die beschnittene Freiheit, die geschälerte Freude schneidet Spuren schon ins Kindergesicht.

Hinzu kommt eine vorzeitige Belastung ihres Körpers durch Arbeit. Sie müssen Eimer schleppen, Stuben wischen oder treppauf, treppab mit Zeitungen rennen. Landerbeiterkinder sind mit zwölf Jahren schon keine Kinder mehr. Sie müssen heran wie die Alten, sie haben außer ihre Eltern und den Geschwistern noch den „gnädigen Herrn“ über sich. Ihr Denken, Fühlen und Wollen steht unter noch stärkerem Druck als bei den Kindern des Stadtproletariats. Lesen, Rechnen und Schreiben erscheinen ihnen nur für Auserwählte, zu denen sie nicht gehören; denn ihr Geist und ihre Hände sind schon müde, schon nicht mehr aufnahmefähig, wenn sie zur Schule gehen.

Wissen wir noch, wie uns zumute war, als wir das hören mußten, vor zwanzig, vor dreißig Jahren, als wir noch Kinder waren? Wenn wir nicht so leicht vergessen möchten! Nichts weiter ist nötig, als daß wir uns erinnern und dann hernach gerecht zu unseren Kindern sind!

Sollen es nicht die Kinder einmal besser haben als wir, die Älteren? Und wenn sie es auch zehnmal nicht zu danken wüßten, sie haben wirklich nicht um ihr Dasein gebeten. Es haben schon so manche Kinder ihre Geburt begreiflich genug verflucht. Denn wer wird ihnen gerecht? Am Handgelenk wird ihr Arm von uns hochgehalten, wenn sie neben uns gehen, und sie müssen im Geschwindeschritt neben uns laufen. Sie sind noch ohne Erfahrungen und werden dafür gescholten; sie stehen vor tausenderlei Neuland, und wenn sie „warum“ fragen, dann hat man keine Zeit. Ihre Unerfahrenheit wird bewitzelt, verlacht, zu Paradedstücken gemünzt. Sie dürfen nicht Kind sein. „Das verstehst du nicht“ ist ein Stachelzaun, in dem sich unsere Kinder Tag für Tag fangen und die Gedanken zerreißen. Bis es eines Tages so weit ist, daß sie dies und das nicht mehr verstehen können.

Bei uns darf nicht alles beim alten bleiben. Wir wollen vorwärts. Darum müssen es die, die nach uns kommen, besser haben als wir; darum brauchen sie mehr Bewegungsfreiheit des Leibes und des Geistes. Wir dürfen sie nicht quälen in Gedankenlosigkeit, aus noch so begreiflicher Verbitterung heraus. Und wenn wir ihnen ja nicht mit einem Male den Lebensraum vergrößern können, so können wir ihnen ein wenig mehr Zeit gönnen, ein wenig mehr Freude bereiten durch ein gutes Wort, durch ein Eingehen auf ihre Fragen, durch Verständnis ihrer Wünsche. Wir machen sie sonst gewaltsam zu Widerspenstigen. Wir züchten Frechheit aus natürlichem Vorwärtstreben, Heuchelei und seelenloses Gehorchen, wenn wir in unserer Familie Herrscher sein wollen über Kinder, die sich nur inwendig wehren können.

Hildegard K.

Immer mehr Köpfe. Robuste, stumpf brutale, dichthaarig und kurzgeschoren; silbergrau, greisenhaft verfallene, Kahlköpfe und Glatzköpfe; junge, milchblasse Kindergesichter, unschuldiges Lächeln, schollende Klage.

Marie sucht, wandert über die Gesichter, die leer oder gelangweilt, uninteressiert oder neugierig gespannt, froh der Abwechslung oder gleichgültig nach vorne sehen. Nach dorthin, wo kalt und nüchtern, in strenger Mitleidlosigkeit das massige Holzkreuz aus dem Altar wächst. Gesichter, Gesichter, blaues Leuchten über grauschwarzem Tuch, nichts als Gesichter. Jetzt sind es wohl bald fünfshundert. Und immer mehr kommen, reihweise, gedrillt, von Uniformen umrahmt. Und nirgendwo ist Fritz. Das eine Gesicht, nach dem Marie wandert, das sie sucht.

Jetzt, im Portal, hinten! Maries Hände ziehen sich zusammen, ihr Kopf ruckt vor, gegen das Gitter, die Holzmaschen drücken auf die Stirnhaut: Dort der Kopf, der über dem Tuchstreifen schwankt und näher schwimmt, schmal und blutlos, messerscharfer Mund in Bitterkeit geschrägt, schwarzer Strich zwischen zusammengebogenen Brauen, glanzlose Augen, und so müde, in Leere verloren — Fritz!

Jetzt hat Marie den stieren Blick, den Gefängnisblick. Wo soll er hinschauen, wohin?

Näher schwimmt das Gesicht, schiebt sich vor, immer näher, jetzt in die Bank, lehnt sich zurück, preßt das Genick ins Holz, schließt die Augen, ist müde. Fünf Minuten. Irgendwo leiert ein Harmonium, plätschert eine trockene Stimme, hebt sich und senkt sich wie Wellenspiel, ohne Sturm und Erregung. Der Kopf vorne bewegt sich. Marie hält den Atem an. Die Augen vorne öffnen sich wieder, sehen in spitzem Winkel geradeaus. Marie spürt, wie der Blick sie durchschneidet, gleichgültig, gefühllos, unendlich. Sie hört nicht den Geistlichen predigen, hört Worte zwar, aber sie bleiben nicht in ihr; sie sieht die schmalen, farblosen Münder zwar sich öffnen und sich bewegen, hört aber nicht, wie sie singen.

Nur das ist: Fritz, Fritz und immer wieder Fritz, seine Augen und immer wieder seine Augen.

Erst als die Andacht zu Ende geht und Schuberts „Du bist die Ruh!“ von dem Harmonium oben hinunterklingt und vier Männerstimmen, seltsam gemischt und vibrierend, von der Empore hinunterschweben, löst sich die Starre in Marie. Sie sieht, wie das blaue Gesicht vorne, nach dem sie sich verzehrt hat, sich höher und höher hebt, die Augen schließt; Falten spielen über die Stirn, hinter der es zu suchen scheint. Marie lauert wie in Angst.

Jäh und überfallend werden die Augen wieder aufgerissen, irren qualvoll umher und finden nicht. Und nun senkt sich gemartert der Kopf, in dem die Lippen dünner, zuckender Strich geworden sind, tiefer, tiefer, immer tiefer. Es ist, als ob eine riesige Faust ihn langsam hinunterdrücke, eine unheimliche Faust, die gleichzeitig Marie den zerquälten Kopf in den Schoß drückt, daß sie jäh aufschreiend zusammenzucken muß und nun, hilflos geworden, ohne Widerstand sich ausheult.

In der Kirche ist es still geworden. Unfaßbar still. Scheu und geduckt, verlegen sich ausweichend, tasten sekundenkurze Blicke zu dem Verschluss. Schwer biegen sich die Rücken, wie auf Kommando. Die Köpfe sind hinter den Bänken versteckt. Stille, Bänke, grauschwarzes Tuch, dazwischen leises Wimmern.

Jetzt wissen sie es: In dem Verschluss da, hinter dem Gitter, unsichtbar, aber da — wer?, wer nur? Eine Mutter? Eine Frau? Eine Liebste? Eine Tochter? Wer nur? Und wem? Im Gleichtakt keuchen die Atemzüge. Jeder glaubt die Stimme zu kennen.

Als Marie das Tor, die schmale Brücke zwischen Freiheit und Gefängnis, hinter sich hat und die Straße hinuntergeht, muß sie stehen bleiben. Sie spürt deutlich den Blick von Augen in ihren Rücken stechen. Sie dreht sich um, sieht zurück auf den roten, drohenden Klotz zwischen Hafen und Heide. Und muß traurig lächeln.

Dann wendet sie sich wieder um, sieht nach vorne: Fabriken, Gasometer, Kräne, Mietskasernen, Dächer, Häuser, die Stadt, die rufende Stadt. Marie holt tief Atem. Und schreitet stark aus. Der Stadt entgegen.

Wenige Tage später fühlt Marie ihre Schwangerschaft zu Ende gehen. Um den Verdienst, auf den sie und die Kinder angewiesen sind, nicht einzubüßen, überwindet sie, der man ihren Zustand kaum ansieht, die Schmerzen. Sie hält durch. Bis sie zusammenbricht.

Unter Qualen, die ihren Leib krümmen, kriecht sie ins Bett. Sie schickt Trude zum Wohlfahrtsamt mit einem Zettel, mit kurzen Worten der Erklärung. Von dort schickt man ihr eine Hebamme. Die Leiterin der Fürsorge kommt selbst, hilft, schafft Stärkungsmittel herbei, sorgt für eine unentgeltlich gestellte Hilfskraft und macht Vorwürfe.

Marie antwortet: „Ich muß verdienen. Was ich verdienen kann, ist mehr, als ich Krankengeld bekomme. Auf mir lastet alles. Mein Mann ist im Gefängnis. Und die Kinder wollen essen.“

Die Wehen sind furchtbar. Marie will und will nicht gebären. Einen Tag und eine Nacht und wieder einen Tag lang bäumt sich ihr mißhandelter Leib dagegen auf; dann erst gibt er das Leben frei: ein Mädchen, das für eine knappe Stunde aufflackert und verlöscht. Der Arzt führt es vorwurfsvoll auf ihre Schwerarbeit zurück. Er warnt Marie, die unbedingt aufstehen will, das Bett zu verlassen.

Doch sie läßt sich nicht abhalten, schleppt sich aus der Wohnung, kauft selbst den kleinen ärmlichen Sarg, legt selbst mit ihren müden Händen das Tote hinein und bringt es selbst, nachdem sie den Sarg mit einem Tuch umhüllt hat, in der Straßenbahn hinaus zum Friedhof.

Als sie zurückkommt und die Tür öffnet, sieht sie am Tisch Fritz, der weh lächelnd mit den Kindern spielt. Trude hat mit der Herzlosigkeit kleiner Kinder, die nur unklar die ganze Schwere von Jammer und Sterben erfassen, dem Vater alles erzählt, atklug und wichtigtuend kindlich naiv ausgeschmückt. Marie steht wortlos. Noch hat sie Tränen in den Augen und schon lächelt sie.

Mühsam, in Scham gefesselt, kommt Fritz auf sie zu. Er gibt ihr wortlos die Hand. Dann erst erklärt er. Man hat ihm die letzten vier Wochen erlassen, Bewährungsfrist wegen guter Führung.

Marie nickt ihm froh zu und ist schon stolz. Ringt die ersten Worte aus sich heraus.

„Es wird wieder alles gut, Fritz! Es ist gut, daß du wieder da bist!“

Und steht da. Überlegung und Entschluß. Scheuer Schimmer ehrlichen Frohsens leuchtet über ihr Gesicht.

Sie geht zur Küche. Sie greift zur Kaffeemühle, mahlt. Und während sie nun Wasser aufsetzt, ruft sie Trude in die Küche, gibt der Kleinen schnell Geld und schickt sie hinunter. Zum Bäcker Kuchen holen und in den Zigarrenladen, für Fritz eine Zigarre kaufen.

„Aber geh schnell, Trude. Und sei schnell wieder zurück. Und geh leise, daß Vater es nicht merkt!“

(Wird fortgesetzt.)

Das Leben der Marie Szameitat

Von Josef Maria Frank

Copyright 1930 by „Der Bienenkreuz Verlag“, Berlin 1931

XXIII

Der Direktor, der die Gründe wohl ahnt, tröstet sie; doch rät er davon ab, gegen den Wunsch ihres Mannes zu handeln. Im übrigen tut er ihr damit wohl, daß er seine ganze Zufriedenheit mit Fritz verrät.

Er erzählt, daß Fritz einer der besten Leute in der Anstalt ist, daß er in die dritte Stufe, die höchste Belohnung, hinaufgerückt ist und alle denkbaren Vergünstigungen genießt. Er ist seit acht Tagen in der Anstaltsbücherei beschäftigt, in einer besseren, größeren Zelle untergebracht, dürfe diese sich mit Blumen ausschmücken und länger beleuchtet haben, und er habe auch Sprecherlaubnis beim Spaziergang auf dem Gefängnishof erhalten; doch sei er auch da schweigsam, aber keinesfalls verstockt.

„Das alles drückt ihn natürlich sehr. Er scheint viel an Sie zu denken. Und sich sehr schuldig zu fühlen. Um so besser wird es sein, wenn er wieder bei Ihnen ist. Denken Sie daran und verstehen Sie ihn. Und warten Sie auf ihn. Dann wird alles gut.“

Marie, die wohl stolz über Fritz ist und doch wieder traurig will schon gehen. Der Direktor bringt sie zur Tür, spricht ihr Mut zu, klopf ihr auf die Schulter, als sie laut zu sich selbst spricht: „Wenn ich ihn nur sehen könnte. Nur wieder einmal sehen!“

Der Direktor wirft einen kurzen Blick über die Brillengläser, denkt nach, hebt den Kopf.

„Warten Sie! — Ja. — So wird es gehen: Kommen Sie am Sonntag früh um neun Uhr her. Ich werde im Büro Bescheid sagen, daß man Sie hereinläßt. Ich werde Sie in die Anstaltskirche bringen lassen. Zur Sonntagsmesse. Und werde es möglich machen, daß Sie ihn wiedersehen können. Ohne daß er Sie sieht. Gut. Also Sonntag früh.“

Marie ist sehr glücklich. Sie will ihm immer und immer wieder danken; er wehrt brummend ab, schiebt sie zur Tür hinaus.

Die wenigen Tage bis zum Sonntag sind wie Unendlichkeit. Bei der Arbeit immer wieder dieser unglaubliche Gedanke: Ich werde ihn sehen!

Nebelgrauer Tag. Die Menschen frösteln. Dünner Regen rieselt. Im nassen Asphalt spiegeln sich die Häuser wie in schwarzen Kanälen. Die Fenster in der Stadtbahn sind be-

schlagen und undurchsichtig. In der Straßenbahn düstern die Kleider aus und riecht es muffig. Marie ist froh, als sie angelangt ist.

Der Pförtner, von ihrem Kommen unterrichtet, gibt ihr den roten Karton mit der Nummer, ohne die niemand die Anstalt betreten oder verlassen darf, und er läßt sie zu dem Anstaltsgeistlichen führen. Der wartet schon auf Marie. Auf Seitengängen bringt er sie in einen mit durchbrochener Holzwandung abgitterten Verschlag am Altar der Kirche, die noch leer ist. Nur einige wenige Wachbeamten stehen verteilt in dem Raum, den Marie durch die engmaschige Vergitterung ganz übersieht, ohne daß man sie selbst von den Bänken her sehen könnte.

Rufe von draußen. Neue Wachbeamte zeigen sich am Eingang. Scharren und Schlurfen. Füße in Bewegung.

Wo sind sie? Sie kommen näher. Unheimlich, wie sie gehen, als ob es nur Füße wären, die keine Körper und keine Münder tragen.

Langsam füllt sich der nüchterne, kahle Raum. Reihweise, von grünen, goldtressenschimmernden Uniformen eskortiert, tritt das näher: Grauschwarze, bis zum Halse hochgeschlossene Anzüge, einer wie der andere, darüber, scharf unterstrichen, die Blässe zellenbleicher, manchmal pergamentgelber, wie vertrockneter Gesichter.

Marie fühlt sich unheimlich überfallen. Sie muß die Augen schließen. Was ist das? Sind das Gespenster? Sie öffnet die Augen wieder.

Das sind Menschen. Marie sieht, wie sie scheu blicken und, wenn sie sich unbeobachtet fühlen, hastig und heimlich sich zuflüstern. Und langsam — Schlurfen und Fußscharren — die Bankreihen füllen. Dutzende, hunderte, immer mehr. Wann hört das auf? Marie ist Stranzeln und hartnäckiges Nachdenken, doch ohne Begreifen.

Sie muß den Atem zurückhalten, ihn dämpfen. Zurückweichend wie vor Schrecklichem, unheimlich Erschütterndem, tastet ihr Suchen die Gesichter ab. Das ist furchtbar. Manchmal muß sie jählings wieder die Augen schließen, vor einem stieren Blick, der glanzlos und dumpf aus Leere kommend den Verschlag, Marie dahinter, selbst die Kirchenmauer im Rücken zu durchdringen scheint. Marie ist jetzt selbst gefangen.



Eine Kluft droht!

Von der Wohnung des Mitgliedes aus

In Nr. 33 der MZ wird unter vorstehender Überschrift auf die Gefahr eines drohenden Gegensatzes zwischen beschäftigten und unbeschäftigten Kollegen hingewiesen und die Notwendigkeit, dieser Gefahr entgegen zu wirken, aufgezeigt. Daß diese Gefahr besteht, wird wohl niemand bestreiten wollen, und es kommt alles darauf an, geeignete Maßnahmen zu ergreifen, wenn die Krise des Kapitalismus den Gewerkschaften nicht Wunden schlagen soll, von denen sich zu erholen den Organisationen schwer fallen würde.

Die erwähnte Gefahr wird mit fortschreitender Krise weiter wachsen und mit ihr wird weiter wachsen die Gefahr der geistigen und schließlich auch der organisatorischen Loslösung der arbeitslosen Kollegen von der Organisation. Eine Gefahr, die in dem erwähnten Artikel ebenfalls besprochen wird. Mir scheint, daß die Bannung des drohenden Gegensatzes zwischen arbeitenden und arbeitslosen Kollegen nicht möglich ist, ohne gesamtorganisatorische Maßnahmen.

In unserem Organisationsleben hat sich seit der Vorkriegszeit manches geändert, bedingt durch die veränderte Stellung des Staates und seiner Organe gegenüber den Gewerkschaften und umgekehrt; ferner durch die Errungenschaften auf arbeitsrechtlichem Gebiet, die den Gewerkschaften neue Positionen, neue Aufgaben gestellt haben. Die Bindung von den Organisationen zu den Belegschaften ist eine festere geworden (natürlich dort, wo die Errungenschaften genutzt wurden), beide Seiten befruchtend, zum Nutzen beider. Die Organisationen haben sich durch Betriebsräte- und Funktionärschulung einen Stamm von Funktionären herangebildet, der ungleich größer ist als vor dem Krieg. Belegschaftsversammlungen, Betriebsratwahlen und Tarifkämpfe tragen alle dazu bei, den Ideenkreis gewerkschaftlichen Wollens an breitere Arbeitermassen heranzutragen. Insofern hat unser Organisationsleben starke Wandlungen durchgemacht. Diese Wandlungen haben aber auch in das Verhältnis zwischen Organisation und Mitglied umgestaltet eingegriffen. Vor dem Kriege war dieses Verhältnis viel mehr auf der Grundlage der Wohnung des Mitgliedes aufgebaut, als es heute der Fall ist, durch die Einstellung des Vorkriegsstaates und seiner Organe gegenüber den freien Gewerkschaften bedingt. Gewiß war auch früher der Betrieb die Hauptwerbestelle für die Gewerkschaften. Aber das einmal gewonnene Mitglied wurde viel mehr außerhalb des Betriebes mit der Organisation in Kontakt gehalten. Heute steht für sehr viele Angelegenheiten das Betriebsratsmitglied oder ein anderer Vertrauensmann im Betrieb als Vermittler zwischen Organisation und Mitglied. So ist das Verhältnis: Organisation — Vertrauensmann — Mitglied umgewandelt in das Verhältnis: „Organisation — Betrieb: Vertrauensmann — Betriebsrat — Mitglied.“ Diese Umgestaltung kann für die tiefere Erfassung des einzelnen Mitgliedes fruchtbarere Auswirkungen haben. Weil sie aber nur wirksam werden kann auf dem Wege über den Betrieb, verliert sie ihren Wert für die Organisation gegenüber dem arbeitslosen Kollegen vollkommen, weil sie zur Voraussetzung hat, daß das Mitglied nicht arbeitslos ist, im Betriebe bleibt. Gewiß, es wäre wünschenswert, daß sich auch der arbeitslose Kollege weiter darum kümmert, wie die Geschicke seiner früheren Belegschaft laufen, wie es um die Lohnkämpfe steht usw. Aber erstens ist es eine sehr große Frage, ob er überhaupt noch von „seiner Belegschaft“ wird sprechen können, und zweitens ist es nur zu natürlich, daß die Zeit des Nichtberufens sein Interesse für die Lohnkämpfe seiner Berufsgruppe vermindert, um so mehr in einer Zeit, wo die erste Frage zwischen zwei sich treffenden Kollegen: Hast Du noch Arbeit? immer mehr der anderen: Bekommst Du auch schon Wohlfahrtsunterstützung? Platz macht.

Wie sehen nun die Bindungen zwischen der Organisation und dem arbeitslosen Kollegen aus? Zunächst holt der Kollege fünfzehn Wochen lang in der Verwaltungsstelle seine Unterstützung. Hier ist ein Kontakt zwischen Organisation und Mitglied, verstärkt durch die Verbandszeitung, gegeben, der in gewisser Hinsicht die durch die Betriebsvertrauensleute vermittelten Bindungen ersetzt. Nach den fünfzehn Wochen kommt die Aussteuerung, und zwar just zu einer Zeit, wo die anhaltende Arbeitslosigkeit schon eine ungeheure materielle und seelische Belastung des arbeitslosen Kollegen erzeugt hat. Trotz dieser Belastung werden nur wenige das Anhören der Unterstützung nicht verstehen können. Für unsere Betrachtung aber ist wichtiger, daß jetzt die Bindung zwischen Organisation und Mitglied eine andere wird. Die Bindung kommt jetzt sozusagen ins Haus, in Gestalt des Beitragskassierers, wenn nicht diese Bindung ersetzt wird durch ein gelegentliches Erscheinen in der Verwaltungsstelle, sehr oft gefolgt von einem gänzlichen Fernbleiben. Für den arbeitslosen Kollegen besteht die einzige Bindung an die Organisation dann noch durch die Verbandszeitung, den Beitragskassierer und den Besuch von Mitgliederversammlungen.

In dem Aufsatz in Nr. 33 der MZ wird gefordert: „Die Anteilnahme der Organisation sollte verallgemeinert und vertieft werden durch die Hilfe von Mensch zu Mensch, von Familie zu Familie; der arbeitslose Kollege und seine Familie müssen überzeugt sein und und bleiben, daß sein Leid mitgefühl und mitgetragen wird von der Gewerkschaft wie auch von den beschäftigten Kollegen und ihren Familien.“

Wie kann diese unbedingt notwendige Erfassung der arbeitslosen Kollegen und der damit verfolgte Zweck, ihnen materiellen und seelischen Rückhalt zu geben, erreicht und wie kann die mindestens so notwendige stärkere Erfassung des noch arbeitenden Kollegen für die Organisation damit verbunden werden? Erforderlich

ist hierzu offenbar zweierlei: 1. Ermöglichung des öfteren Zusammenkommens der arbeitslosen und arbeitenden Kollegen, das ihnen ein näheres Kennen- und Verstehenlernen und einen Einblick in die Verhältnisse der schwersten Not leidenden Kollegen gestattet; 2. besseres Herantragen der freigewerkschaftlichen Ideenwelt, ihres organisatorischen Wollens, ihrer Aufgaben an arbeitslose wie arbeitende Kollegen.

Unseren heutigen Mitglieder, Vertreter oder Bezirksversammlungen sind Aufgaben gesamtorganisatorischen Charakters gestellt, die ihre Belastung mit dieser besonderen Aufgabe nicht zulassen; ganz abgesehen von der Tatsache, daß sie auch nicht die geeigneten Stellen sind, die diese Aufgabe erfüllen könnten und auch aus rein organisatorischen Gründen nicht so oft zusammenzutreten können, wie es diese besondere Aufgabe verlangt. Andererseits könnte eine wirklich umfassende Lösung nicht erreicht werden, wenn dieser Antriebe beim einzelnen Mitglied läge. Dies würde praktisch trotz noch so vieler Appelle zu vereinzelter Unterstützung in verhältnismäßig wenigen Fällen führen und die eine wichtige Seite: stärkere organisatorische und geistige Erfassung arbeitender und arbeitsloser Kollegen unberücksichtigt lassen. Eine Möglichkeit zur erfolgversprechenden Inangriffnahme der zu lösenden Aufgabe scheint mir gegeben zu sein, wenn wir für die Organisation der zu ergreifenden Maßnahmen von der Grundlage der Wohnung der Mitglieder ausgehen. Es müßte versucht werden, die Verwaltungsstellen in möglichst kleine Distrikte, den Erfordernissen angepaßt, einzuteilen, deren Bearbeitung von der Verwaltungsstelle zu bestimmenden Vertrauensleuten zu übertragen wäre. Hier wäre bei öfteren Zusammenkünften eines kleineren Kreises die Möglichkeit des gegenseitigen Kennen- und Verstehenlernens, der verstärkten Bindung von Mensch zu Mensch und damit auch eine der Voraussetzungen zu gegenseitiger Hilfe gegeben. Überdies wären diese Zusammenkünfte auch günstige Gelegenheiten, die Kollegen stärker als bisher für unsere Gedankenwelt zu gewinnen, die heute leider sehr oft nur materielle Bindung an die Organisation zu ergänzen durch eine geistige und seelische Verbundenheit. Hierbei wird nicht etwa daran gedacht, diese Zusammenkünfte auszufüllen, ich möchte fast sagen: zu belasten mit Vorträgen über alle möglichen und sicher auch wichtigen Dinge.

Der Schwierigkeiten, die der Durchführung eines solchen Planes erwachsen, sind allerdings viele. Zunächst wäre eine große Anzahl von Funktionären erforderlich, eine bei dem heutigen vielgestaltigen Bau der Arbeiterorganisationen gewiß keine geringe Schwierigkeit. Dann wäre zu erörtern, ob jeder Verband von sich aus vorgehen oder ob diese Aufgabe besser und erfolgversprechender von den Ortsausschüssen des ADGB in Angriff genommen werden soll.

Die schwierigste Aufgabe wäre wohl die Beschaffung der Anzahl von Funktionären, die ein solcher Plan erheischt. Gewiß ist unser Funktionärkörper schon umfangreich. Aber praktisch sind die meisten Funktionäre durch Betriebsrats-, Gewerkschafts-, Partei- und oft noch durch andere Organisationsarbeit so stark belastet, daß ihnen, wenigstens in vielen Fällen, eine weitere Belastung nicht zugemutet werden kann. Trotzdem müßte es möglich sein, genug Kollegen zu finden, die sich dieser Aufgabe widmen. Die Bearbeitung eines kleinen Kreises von Kollegen erfordert gewiß auch Geschick, und der Zweck verlangt Einfühlungsvermögen in die Lage, das Denken und Fühlen der teilnehmenden Kollegen. Aber die Zwanglosigkeit der Zusammenkünfte schafft andererseits eine Atmosphäre, die auch dem weniger geschulten Verbandsmitglied erfolgreiche Arbeit ermöglicht. Damit wäre die notwendige Grundlage für die erforderliche Anzahl Funktionäre so verbreitert, daß die angeführte Schwierigkeit nicht unlösbar erscheint.

Es gibt gewiß verschiedene Wege, um den arbeitslosen Kollegen materiell und damit auch seelisch zu helfen, etwa den Weg der Hilfsaktion durch Sammlungen, dessen Wirksamkeit im Hinblick auf die arbeitslosen Kollegen zu erörtern wäre. Ob damit aber die unbedingt notwendige, eine engere geistige Verbundenheit aller Mitglieder mit der Organisation herbeizuführen, erfüllt werden könnte, scheint mindestens fraglich. Dies könnte wohl erreicht werden durch eine Verbindung mit dem hier vorgeschlagenen Weg.

Die Durchführung eines solchen noch auszuarbeitenden Planes erheischt viel Arbeit. Doch sollte uns der Ansturm der schwärzesten Reaktion gegen die Organisationen der Arbeiterklasse und ihre Errungenschaften, daneben ein Rückblick auf die trotz gemeinsamer Schikanen geleistete Arbeit unserer Alten beim Aufbau unserer Organisationen, in einer Zeit ungeheurer Belastung der arbeitenden und von der Arbeit ausgeschlossenen Massen die Kraft geben, sie zu meistern.

Schon wieder ein Plan der KPD

Die „Revolutionäre Gewerkschaftsopposition“ (RGO) hat auf ihrer letzten Reichskonferenz die Mobilisierung und Organisation der Metallarbeiter abermals aufgestellt. Alle Werke mit mehr als 50 Mann sollen RGO-Betriebsgruppen bilden. In den entscheidenden Betrieben sollen „Muster-Betriebsgruppen“ geschaffen werden. Betriebliche Kampfausschüsse sollen auf der Grundlage eines betrieblichen Kampfsprogramms alle Arbeiter und Angestellten zusammenfassen und ihre Schulung durch Abhalten von „Streikführer-Kursen“ fördern.

Bei den „neuen“ Parolen der Kommunistischen Partei handelt es sich ja um Dinge, die von ihr vor Jahren als unbrauchbar in den Orkus geworfen worden sind. Die „Streikführer-Kurse“ scheinen allerdings den Reiz der Neuheit zu haben. Die KPD lehnt bekanntlich die organisatorischen Vorbereitungen für Streiks ab. Sie will demnach in diesen „Streikführer-Kursen“

Vom Vorstand

Telegrammschrift: Metallvorstand Berlin
Fernsprecher: Dönhoff 6750 — 6753

Mit Sonntag, dem 13. September ist der 38. Wochenbeitrag für die Zeit vom 13. bis 19. September 1931 fällig.

Anderung der Beitragsmarken

der ersten und zweiten Beitragsklasse

Vom 4. Vierteljahr 1931 an werden die Farben der Beitragsmarken der ersten und zweiten Beitragsklasse gewechselt.

Die Farbe der neuen Beitragsmarke der ersten Beitragsklasse (Grundbeitrag 1,10 M) wird grün (bisher rot).

Die Farbe der neuen Beitragsmarke der zweiten Beitragsklasse (Grundbeitrag 0,85 M) wird rot (bisher grün).

Die neuen Beitragsmarken gelten von der 40. Beitragswoche (27. September 1931) an. Nach dem 27. September dürfen Beitragsmarken der ersten und zweiten Beitragsklasse mit den alten Farben nicht mehr verwendet werden.

Häufig werden Anfragen oder Beschwerden einzelner Mitglieder an den Vorstand gerichtet über Angelegenheiten, die ihre Erledigung leicht durch die zuständige Ortsverwaltung finden können. Meistens ist diesen Zuschriften ein Ausweis über die Mitgliedschaft nicht beigelegt, der unbedingt erforderlich ist, wenn auf eine Beantwortung gerechnet wird. Die Mitglieder sollen sich stets zunächst an die Ortsverwaltung wenden.

Ausgeschlossen wird nach § 22 des Statuts:

Auf Antrag der Verwaltungsstelle Dresden: Der Klempner Rudolf Thomann, geb. am 14. Februar 1907 in Dresden, Mitgliedsbuch Nr. 6 580 379, gemäß § 22 Abs. 1 c.

Gesucht wird der Heizungsmonteur Walter Wallot, geboren am 29. Juli 1905, Buchnummer 6 835 326. Meldungen an die Verwaltungsstelle Berlin erbeten.

Berlin SW 68, Alte Jakobstraße 148

Der Verbandsvorstand

Verbandsanzeigen

Konstanz. Bevollmächtigter und Kassierer ist Kollege Hubert Hormes, Konstanz, Schneckenburgerstraße 23.

Radeberg i. Sa. Geschäftsführer für Agitation und Verwaltung gesucht, der das Tarif- und Schlichtungswesen vollständig beherrscht und sicherer Unterhändler sein muß. Bedingung ist zehnjährige ununterbrochene Verbandsmitgliedschaft. Gehalt nach den Beschlüssen der Verbandstage. Bewerbungen mit Angabe über Alter, Beruf und bisherige Tätigkeit in der Arbeiterbewegung bis 15. September 1931 mit der Aufschrift „Bewerbung“ an den Kollegen Magnus Kührt, Radeberg, Bismarckstraße 6 part.

weniger die Leute daraufhin schulen, wie ein Streik auf organisationstechnischen Grundlagen durchgeführt werden kann, sondern sie will damit lediglich nach ihrer eigenen Betonung die Zersetzung der „reformistischen Front“ betreiben.

Der eigentliche Zweck der „Streikführer-Kurse“ geht aus dem Plan selbst mit aller Klarheit hervor; als unmittelbar wichtigste Aufgabe erscheint die Auslösung von Streiks in einzelnen Betrieben mit dem Ziele, sie auf die gesamte Industriegruppe zu verbreitern, „zum Massenkampf der Betriebsarbeiter und Erwerbalosen“. Zur Mobilisierung der Gewerkschaftsmitglieder sollte der Gewerkschaftskongreß ausgenutzt werden, indem man während seiner Tagung zu seinem Verlauf und den von ihm gefaßten Beschlüssen allorts Kundgebungen veranstalten wollte. Nächsten Herbst soll mit der planmäßigen Vorbereitung zu den jährlichen örtlichen Gewerkschaftswahlen begonnen werden. Ausdrücklich werden die kommunistischen Anhänger aufgefordert, zu jeder Wahl mit eigenen Kandidatenvorschlägen der Opposition aufzuwarten. Auch die Wahlen für den 1932 stattfindenden Verbandstag des DMV erfreuen sich schon jetzt der Aufmerksamkeit der RGO. Man will zu diesem Zweck die innergewerkschaftlichen Oppositions- und Fraktionsarbeit, wo sie bisher vernachlässigt wurde, wieder aufnehmen oder neu einsetzen.

Ein Halbjahresplan soll der Durchführung der neuesten Parole dienen. Nach diesem Plan sollen vom 1. August 1931 bis zum 1. Februar 1932 100 000 Metallarbeiter als Mitglieder der RGO und der roten Verbände gewonnen werden. Der Halbjahresplan ist in drei Etappen zu je zwei Monaten eingeteilt. Nach jeder Etappe findet eine Kontrolle der durchgeführten Arbeiten durch ein Reichskomitee statt. Außerdem gibt es noch bezirkliche und örtliche Kontrollkommissionen. In der ersten Etappe — also bis zum 1. Oktober 1931 — sollen mindestens drei Viertel des gesteckten Zieles erreicht werden, also 75 000 Metallarbeiter in der RGO und den roten Verbänden vereinigt sein. Man hat den einzelnen Bezirken einen genauen Anteil an der beabsichtigten Mitgliederwerbung vorgeschrieben. Den Hauptanteil soll Berlin-Brandenburg bringen mit 28 000, dann folgt der Niederrhein mit 15 000 Mann, dann Sachsen mit 7 500, die Wasserkante mit 3 000, Halle-Merseburg mit 2 300, dann folgen Thüringen, Mittelrhein, Hessen-Frankfurt, Baden-Pfalz, Württemberg mit je 2 000 und dann Niedersachsen und Nordbayern mit je 1 000 in der ersten Etappe. Die anderen Bezirke müssen sich mit 750 und weniger der aufzubringenden Mitglieder begnügen.

Dieser 15. Schreibmaschinenseiten umfassende „strategische Plan“ verlangt auch, daß alle Personen, die Mitglieder der Kommunistischen Partei, der IAH, der RH (Rote Hilfe), des Kampfbandes sind, zu den roten Sportlern gehören oder Leser der kommunistischen Presse sind, unverzüglich ihren Eintritt in die RGO zu vollziehen haben.

Wir sind überzeugt, daß trotz aller Bitternis, die die Arbeiterchaft in sich trägt, und die in den außergewöhnlich schweren wirtschaftlichen Verhältnissen, die unerträglich gerade auf den Lohn- und Gehaltsempfängern lasten, auch das neueste Unterfangen der KPD aussichtslos sein wird. Gewiß sind die Gewerkschaften nicht in der Lage, alle Härten und Schicksalsschläge von der Arbeiterschaft abzuwenden. Aber eins steht fest, daß es den Arbeitern, die der Gewerkschaft treu bleiben, noch besser geht als denjenigen, die glauben, durch Zerstörungsarbeit oder durch Abseitsstellen ihre Lage zu verbessern. Alle Arbeiter, die der Gewerkschaft angehören, ganz gleich, ob zur Zeit in Beschäftigung oder erwerbslos, haben an ihrem Verband einen Rückhalt, der sich nicht nur finanziell, sondern auch psychologisch vorteilhaft für sie auswirkt.

Wie man in Japan streikt

Ein Arbeiter auf dem Fabrikschlot

F. K. Weit abseits von ihren Klassengenossen des Abendlandes vollzieht sich das Leben und Ringen der japanischen Arbeiter. Für ihr gewerkschaftliches Tun und Denken hatten sie keine „Preisfechter der Arbeit“ zum Vorbild. Sie müssen sich selbst die wirksamste Art ihres wirtschaftlichen Kampfes ertasten. In dem Ergebnis dieses Tastens spiegelt sich die Eigenart der Umwelt, der ostasiatischen, trefflich wider. Das gilt für das geistige Rüstzeug und noch mehr für den praktischen Kampf. Zum Beweis hierfür möge der Verlauf wie der Abschluß eines Ausstandes von Färbearbeitern dienen.

In der zweiten Hälfte des Mai wurde von Japan berichtet, daß die Belegschaft der Nihon-Senju-Färberei in Tokio ihren Streik nun erfolgreich beendet habe. Was dabei von der Kampfweise angedeutet war, klang für den westlichen Gewerkschafter dermaßen absonderlich, daß man auf die Einzelheiten füglich gespannt sein mußte. Jetzt bringt nun der Londoner New Leader einen ausführlichen Bericht von einem Streikteilnehmer. Die Schriftleitung des Londoner Blattes hat den Bericht in seiner Ursprache, dem Pidgin-Englisch, nur wenig ausgeglichen, wiedergegeben, um seine Plastik nicht zu beeinträchtigen. Wir können das hier leider nicht tun. Aber auch ohne diese Mundart ist der Bericht plastisch genug. Im Sachlichen folgen wir genau der Darstellung des japanischen Gewerkschafters. Er hat nun das Wort:

Der Besitzer der Färberei entließ plötzlich einen Arbeiter, was einem Bruch des Arbeitsvertrages vom Jahre 1927 gleichkam. Die Arbeiter, die sämtlich unserer Gewerkschaft angehörten, waren sich bewußt, daß diese Entlassung der erste Schritt zur Entlassung aller (organisierten) Leute war. Sie protestierten gegen die Entlassung und erwarteten, daß sie zurückgenommen werden würde. Allein, der Unternehmer weigerte sich. Die Belegschaft trat darauf in den Streik, besetzte ein Gebäude des Werkes und schlossen sich darin ein. Der Fabrikant wiegte sich in dem Glauben, die Arbeiter würden die Fabrik schon wieder verlassen, wenn sie keine Nahrung mehr hätten. Damit dies bald eintrete, verschloß er das Fabriktor, so daß die Angehörigen der Ausständigen nicht hereinkommen und keine Nahrung bringen konnten. Als sie dies vernahmen, waren sie stark empört.

Am 21. April traten mehr als 180 von den Leuten in dem Gebäude in den Hungerstreik. 60 Arbeiterfrauen erklärten sich bereit, das gleiche zu tun. . . . Unsere Gewerkschaft unterstützte diesen Streik. Aber der Unternehmer lenkte nicht ein.

Die Ausständigen nahmen nichts zu sich als Wasser — zwei Tage —. Die Nachbarn der Fabrik sympathisierten mit den hungernden Streikenden und warfen ihnen Nahrungsmittel zu. Die Arbeiter aber weigerten sich, sich ihrer zu bedienen, vielmehr beschloßen sie, im Hungerstreik zu verharren. Fast alle Gewerkschaften Tokios, ungeachtet der Richtung und Ansicht, erklärten, uns zu unterstützen. Die Belegschaft einer benachbarten Fabrik wie die Arbeiter des Bezirks Takagawa erklärten, aus Solidarität mit uns jeden Tag eine Stunde, die Arbeit ruhen zu lassen bis zum Streikende. Und sie haben das auch gehalten. Verschiedene Male drangen die Familien und die Frauen der Ausständigen in das Haus des Fabrikanten, um ihn zu stellen, oder sie demonstrierten in der Straße. Er aber versteckte sich in einer Polizeistation. Tagtäglich brachen Streikende vor Hunger und Erschöpfung zusammen. Der Fabrikant entließ weitere sieben Mann.

In der Nacht vor dem 1. Mai kletterte einer der Streikenden auf die Spitze des hohen Schornsteins der Fabrik und hießte die schwarze Fahne, um damit anzuzeigen, daß die Fabrik von den Arbeitern besetzt sei. Er schrie von dem Schornstein herunter, daß er nicht eher wieder herunterkäme, bis der Unternehmer nachgebe. Als die Maifeier beendet war, wagten 2000 Arbeiter auf der Straße im Konflikt mit der Polizei zu demonstrieren. Sie drangen in die Fabrik und ermutigten die Ausständigen. Der dadurch geärgerte Unternehmer heuerte Gesindel an, das die erschöpften Arbeiter in dem Gebäude bedrohen sollte. Wir aber trieben diese Kerle zur Fabrik hinaus. . . . Obwohl mittlerweile achtzehn Tage vergangen waren, hat es keinen Verräter unter uns gegeben.

Seit dem 1. Mai hatte es viel geregnet. Unser Kamerad oben auf dem Schornstein hungerte und fror und war naß bis auf die Haut. Wir befürchteten, er würde sterben. Einer von uns kletterte hinauf zu ihm, um ihn zum Herunterkommen zu bewegen. Er erklärte jedoch, und wenn er stürbe, er würde nicht eher herabkommen, bis der Streik beigelegt sei. Da der Zustand des Kameraden das Schlimmste befürchtete ließ, kletterte der Doktor zu ihm empor, um nach ihm zu sehen. Der Vorsteher der Polizeistation ersuchte uns, den Mann herunterzuschaffen. Wir weigerten uns, dem nachzukommen. Hierauf kam der Unternehmer mit dem Angebot, die Entlassung der Arbeiter zurückzunehmen und die andern Entlassenen ebenfalls wieder einzustellen. Wir berieten über das Angebot die ganze Nacht. Dabei spielte das Schicksal unseres Kameraden auf dem Schornstein eine wesentliche Rolle. Am 14. Mai kamen wir mit dem Unternehmer zum Unterhandeln zusammen. Wir wurden einig, den Streik unter folgenden Bedingungen zu beenden:

1. Der Arbeitsvertrag vom Jahre 1927 tritt außer Kraft, aber der Unternehmer legt einen neuen vor, der sich im wesentlichen von dem bisherigen nicht unterscheidet.
2. Wiedereinstellung der Arbeiter.
3. Der Unternehmer trägt alle Kosten der ärztlichen Behandlung der Arbeiter, die infolge des Streiks ins Krankenhaus mußten.
4. Der Unternehmer zahlt den Streikenden den halben Lohn für alle Streiktage.
5. Der Unternehmer anerkennt die drei Tage nach der Beilegung des Streiks als Feiertage und bezahlt sie mit 60 vH des Lohnes.
6. Der Unternehmer bezahlt den Arbeitern alle Kosten des Streiks.

Damit war der 24 tägige Hungerstreik beendet. Unser Kampf aber wird ununterbrochen weitergehen. Die Arbeiter Japans werden ihre Verbundenheit mit ihren Klassengenossen anderwärts nicht vergessen. Wir können immerhin sagen, daß der 24tägige Hungerstreik der 180 Arbeiter, der keinen Verräter hatte, in der Geschichte der Arbeiterbewegung epochemachend sein wird.

Soweit der Bericht des Teilnehmers an diesem bedeutenden Ausstand. Noch ein paar erläuternde Worte scheinen nicht unangebracht. Die Punkte 3 bis 6 in den Bedingungen mögen dem europäischen Gewerkschafter kaum glaubhaft dünken. Allein, es kommt in Japan häufig vor, daß entlassene Arbeiter von ihrem Unternehmer eine Abfindung erhalten, ja, daß er sogar nach einem Streik einen Teil seiner Kosten an den einzelnen Teilnehmer erstattet oder in die Streikkasse zahlt.

Indien waren von den in Industrie und Handel beschäftigten Angestellten Anfang dieses Jahres 6 vH arbeitslos. Auch unter den eingeborenen Arbeitern ist die Arbeitslosigkeit bedeutend. In Jugoslawien waren Anfang Mai 1931 11 400 Arbeitslose bei den öffentlichen Arbeitsnachweisen eingetragen. Bei den holländischen Arbeitsnachweisen waren Anfang Mai 118 500 arbeitsuchende Männer und 10 100 Frauen eingetragen. In Kanada sind von den Gewerkschaftsmitgliedern 14,9 vH arbeitslos gegen 9 vH im Vorjahre. Der amerikanische Gewerkschaftsbericht, daß im Mai 1931 25 vH seiner Mitglieder arbeitslos waren, gegen 20 vH im Mai 1930.

Einwandererschutz in Kanada

Im November landete ich mit dem Dampfer „Tunisian“ in Quebec in Kanada. Mit noch einem Deutschen, den ich auf dem Schiff kennen gelernt hatte, fuhr ich nach Montreal. Da wir der englischen Sprache nicht mächtig waren, gelang es uns dort nicht, Arbeit zu finden. Unsere geringen Beihilfen waren bald aufgebraucht. Wir entschlossen uns, auf der Eisenbahnstrecke nach der fünf Tage entfernten Stadt Ottawa zu wandern. Es herrschte große Kälte. In den Nächten hielten wir uns in den hölzernen Wartehäusern der Eisenbahnstationen, die nie verschlossen wurden, auf.

Als wir in Ottawa ankamen, fanden wir bei einem Arbeitsvermittler, der gerade Waldarbeiter suchte, Beschäftigung. Uns wurde ein Vertrag vorgelegt, den wir, ohne von dem Inhalt Kenntnis zu besitzen, unterschrieben. Noch an demselben Tage fuhren wir mit noch anderen Arbeitern mit der Eisenbahn gegen Norden bis zur Endstelle. Dort wurden wir verpflegt. Am anderen Tage wurde der Transport auf bereitstehenden Schlittengespannen fortgesetzt. Unterwegs waren Verpflegungsstellen errichtet, die immer an einem Tage erreicht werden konnten. Nach fünftägiger Fahrt kamen wir an der Arbeitsstelle an. Der Betrieb war schon in vollem Gange. Allelei Blockhäuser aus ganzen Baumstämmen waren errichtet. Zahlreiche Pferde, auch viele Schlachttiere standen umher.

Durch die große Kälte und die ungewohnte schwere Arbeit wurde ich krank und war nicht mehr imstande zu arbeiten. Ich hörte daher auf, um mich in der Stadt wieder zu erholen. Mein Landsmann, der als einziger Deutscher nicht allein zurückbleiben wollte, begleitete mich. Der Geschäftsführer händigte bei unserem Abgang jedem fünf Wertmarken aus, die für Abendessen, Nachtquartier und Frühstück in den Unterkunftsstellen Gültigkeit hatten, und übergab uns einen verschlossenen Brief, mit dem Bedeuten, diesen der Geschäftsstelle zu überbringen. Nach fünftägiger Reise bei furchtbaren Kälte kamen wir in dem Orte an der ersten Eisenbahnstation im halberfrorenen Zustande an. In der dortigen Geschäftsstelle übergaben wir sofort unseren Brief und erwarteten unseren Lohn. Hier wurde uns eröffnet, daß wir keinerlei Ansprüche an die Gesellschaft hätten. Laut des mit uns geschlossenen Arbeitsvertrages wären wir bei Verlust aller Ansprüche verpflichtet, bis zur Beendigung der Arbeit im Walde zu arbeiten. Der vereinbarte Lohn von 1 Dollar den Tag, sei mithin verfallen.

Da wir mittellos waren, waren wir gezwungen, den Weg bis Ottawa auf der Eisenbahnstrecke zu Fuß zurückzulegen. Als wir dort ankamen, begaben wir uns zu dem deutschen Geschäftsträger. Er ging sofort mit uns zu einem Arzt, um uns untersuchen zu lassen. Am anderen Tage begab er sich mit uns auf das „Kleine Gericht“. Nachdem der Konsul dem Richter die Sache vorgetragen hatte, ließ dieser uns unsere Angaben durch einen Kuß auf die Bibel bezeugen, dann wurden wir für einen, zwei Tage später stattfindenden Termin geladen.

Zum Termin war auch der Vertreter der Holzgesellschaft erschienen. Die Arbeitsverträge und ärztlichen Zeugnisse lagen vor. Der Richter stellte fest, daß wir der englischen Sprache nicht mächtig waren und daher keine Ahnung von dem Inhalt, der von uns notgedrungen unterschriebenen Verträge haben konnten. Deshalb hob er die Gültigkeit des Vertrages auf. Da der Vertreter sich auf gütliche Verhandlung nicht einließ, verurteilte der Richter die Gesellschaft zur sofortigen Zahlung der 50 Dollar für jeden für je fünfzig Tage Arbeit und zur Tragung sämtlicher Kosten und Auslagen. Dann gab uns der Richter bekannt, daß wir für etwa entstandene körperliche Schäden berechtigt wären, Schadenersatzklage zu erheben. Es ist aber nicht zur Klage gekommen, denn der Vertreter entschädigte uns freiwillig mit je 15 Dollar.

Im freiwilligen Arbeitsdienst

Durch die Aufsätze über den sogenannten freiwilligen Arbeitsdienst angeregt, schildert nachstehend eines unserer Mitglieder seine Erlebnisse im französischen „freiwilligen Arbeitsdienst“.

Im vorigen Jahre erscholl der Ruf zu einem freiwilligen Arbeitsdienst im Überschwemmungsgebiet in Südfrankreich. Der Dienst wurde von der Schweiz aus organisiert. Ich war damals in der Schweiz und schon im Kriegsgebiet Frankreichs tätig gewesen.

Als überzeugter Kriegsgegner trat ich mit einem Kameraden die Reise zu Fuß und mit Rad nach dem Überschwemmungsgebiet an. Wir müssen es den Friedensfreunden der Schweiz hoch anrechnen, daß sie uns, die wir gänzlich mittellos waren, weitgehend unterstützten. So gut wie die Aufnahme in der Schweiz, so schlecht war der Dienst selbst! Kameradschaft gab es fast nicht, und hätten wir Deutschen nicht zusammengehalten, wäre ein noch schlechterer Eindruck hinterblieben. Der Dienst, von schweizerischen Kriegsgegnern eingerichtet, war, so seltsam es klingt, streng militärisch aufgezogen. Frühmorgens Appell, dann hinaus in die Hitze und an die schwere Arbeit. Da wir doch alle Freiwillige waren, glaubten wir unsere Arbeitsleiter selbst wählen zu dürfen. Weit gefehlt. Sie wurden uns zudiktieren und wir wurden von ihnen schikaniert. Wer aufmuckte, bekam zu hören: „Wem nicht paßt, kann gehen!“ Wir mußten aushalten, da uns ja erst nach 14 Tagen Dienst die Rückreise bezahlt werden sollte.

Unsere Arbeit bestand im Neubau von Straßen und in der Räumung der eingestürzten Häuser. Die Arbeitsleiter, meistens Bürogehilfen und Studenten, erschwerten durch ihre Unkenntnis und Antreiberei die so schon schwere und gefährliche Arbeit noch mehr. Die Leitung bekam für jeden Arbeitstag 15 französische Franken oder 250 M je Kopf. Wie dieser Betrag verwendet wurde, ist aus folgendem zu ersehen: Ein Drittel wurde für Verpflegung verbraucht (Quartier war kostenlos, wir schliefen in einem Schloß auf Strohsäcken, die Kleidung bestand aus schweizerischen Militäruniformen). Ein weiteres Drittel bildete den Reservefonds, der nach Beendigung des Dienstes an Ortsarme verteilt werden sollte. An Ortsarme dachte man, aber nicht an uns, die wir uns nicht einmal eine Briefmarke kaufen konnten, um den Angehörigen ein Lebenszeichen senden zu können. Löhnung gab es nicht. Jedoch hätte man der Sache mehr gedient, wenn man uns auch nur 1 Franken je Tag bezahlt hätte. Somit waren wir darauf angewiesen, bei der Bevölkerung zu betteln oder besser gestellte Teilnehmer anzupumpen. Das letzte Drittel des von der Regierung gezahlten Geldes sollte zur Reisezahlung dienen. Es wurde aber ein Teil vor Ablauf der Dienstzeit ohne jede Entschädigung abgeschoben. Dafür wurde anderen die jeweiligen Hin- und Rückreise ermöglicht. Auch ich bekam natürlich nichts, weil ich nach sechs Wochen bezahlte Arbeit fand. Meine Ausführungen sollen dazu dienen, jeden zu warnen in einen freiwilligen Arbeitsdienst zu treten, weil ein derartiges Arbeitsverhältnis für einen denkenden Menschen unwürdig und der Freiwillige immer der Geprellte ist. Bleib' darum dem freiwilligen Arbeitsdienst fern, denn dieser ist nur das Vorspiel für den Arbeitszwang. Bleibt ihm fern, fordert aber mit viel mehr Nachdruck ordentlich bezahlte Arbeit und Brot.

Die französische Elektrizitäts-Industrie

J. B. Die Elektrizität hat in Frankreich erst in den späten Nachkriegsjahren ihren Einzug gehalten. So waren Ende des Jahres 1918 von den 37 981 französischen Gemeinden erst rund 7000 an irgendein Netz angeschlossen. Noch 1923 entfiel auf den Kopf der Bevölkerung erst ein Jahresverbrauch von 194 Kilowattstunden elektrischen Stromes, 1929 hatte sich der Verbrauch auf 372 kWh erhöht. Die Zahl der an ein Verteilungsnetz angeschlossenen Gemeinden war bereits auf 22 479 gestiegen. Inzwischen ist diese Zahl, wie Dr. S. Wolff in einem aufschlußreichen Aufsatz im letzten Heft der „Wirtschaftskurve“ mitteilt, um 8000 bis 10 000 gestiegen, so daß gegenwärtig nur noch rund 6000 Gemeinden nicht mit Elektrizität versorgt sind. Die Gesamtzeugung elektrischen Stromes betrug 1929 bereits 14 645 Millionen kWh, dazu wurden 525 Millionen kWh aus der Schweiz eingeführt, 80 Millionen kWh nach dem Fürstentum Monaco, dem Saargebiet und nach der Schweiz ausgeführt.

Da sich das französische Kapital nur zögernd am Aufbau der Elektrizitätsindustrie beteiligte, wird diese in weitgehendem Maße vom ausländischen, besonders belgischen und amerikanischen, aber auch schwedischen und schweizerischen, Kapital beherrscht. Entscheidenden Einfluß, insbesondere auch technischer Art, haben die General Electric Co. sowie die Westinghouse Electric Co. Der größte französische Elektrokonzern ist mit einem Aktienkapital von 440 Mill. Fr. die „Société Française pour l'Exploitation des Procédés Thomson-Houston“, die mit der General Electric einen Vertrag über Patentaustausch und Absatzverteilung hat. Die Thomson-Houston ist gleichzeitig das Verbindungsglied zwischen der General Electric und der bekannten belgischen Montangruppe Sofina. Die Thomson-Houston gründete zusammen mit der elsässischen Konstruktionsgesellschaft im Oktober 1928 eine eigene Fabrikationsgesellschaft „Alsthom“ mit einem Kapital von 500 Mill. Fr. Sie ist außerdem an einer Reihe von Betrieben beteiligt.

Die zweitgrößte Gruppe ist der belgische Empain-Konzern, der in Frankreich mit dem Montankonzern Schneider-Creuzot arbeitet. Sie beherrscht die Pariser Straßen- und Untergrundbahnen und fast ausschließlich die Pariser Stromversorgung, so dann die Elektrizitätsgesellschaft in Lille, die fünf Kraftwerke mit 162 500 kW installierter Leistung besitzt und das nordfranzösische Industriegebiet mit Strom versorgt. Die Schneider-Gruppe selbst besitzt ein großes Werk in Champagne sur Seine, wo sie gemeinsam mit der zweiten amerikanischen Gruppe, der Westinghouse, nach deren Verfahren und Erfahrungen arbeitet. Schneider ist auch an verschiedenen Werken im Rhonegebiet und im Jura beteiligt.

Der dritte Großkonzern ist dank seiner Beziehungen zum französischen Kohlenbergbau finanziell von ausländischem Kapital unabhängig. Es ist die Compagnie Générale d'Electricité mit einem Aktienkapital von 130 Mill. Fr. Sie ist an einer

Reihe von Fabrikationsbetrieben und Elektrowerken beteiligt, hauptsächlich in Lothringen, Marseille und Brest.

In der Schwachstromindustrie ist das ausländische Kapital stark vertreten. Im Telephonbau ist der Ericsson-Konzern, so dann die Western Electric und die Standard Electric Co. maßgeblich beteiligt, bei einer Untergesellschaft dieser Gruppe, der Société de Porcelaine et d'Appareillages Electriques Grammont, ist auch deutsches Kapital vertreten, und zwar die Hannoverische Industrie AG, Bankfirma Ephraim Meyer u. Sohn. An der elsässischen Elektrowirtschaft ist in weitgehendem Maße schweizer Kapital beteiligt. Es ist besonders die Züricher Elektrobank, die am Straßburger Elektrizitätswerk sowie an zwei großen oberrheinischen Elektrizitätsgesellschaften, damit auch an den Werken von Türkheim und Guebwiller beteiligt ist. Straßburg verfügt über zwei Werke mit einer Leistung von etwa 80 000 kW, die eine rheinische Gesellschaft über ein Werk mit 40 000 kW Leistung, während die zweite Gesellschaft ein Riesenwerk in Kembs mit einer Höchstproduktion von 600 Millionen kWh errichtet. Die drei Gesellschaften haben zusammen ein Aktienkapital von 440 Mill. Fr.

Im allgemeinen ist die französische Elektroindustrie immer noch stark zersplittert, da sich beispielsweise rund 1200 Gesellschaften mit der Stromerzeugung beschäftigen. Irgendwo aber treffen die Interessen dieser Gesellschaften doch zusammen, und es ist lehrreich, die mannigfachen Verflechtungen zu verfolgen, die von den Konzernspitzen zu den einzelnen Gesellschaften, Banken und Werken führen.

Die internationale Arbeitslosigkeit

Gegenüber dem Vorjahre ist die Arbeitslosenziffer gewaltig gestiegen. Über den gegenwärtigen Stand der Arbeitslosigkeit im Vergleich zum Vorjahre gibt der Bericht des Internationalen Arbeitsamts folgende Zahlen:

	Juli 1931	Vorjahr
Italien	570 300	372 000
Irland	28 700	26 000
Lettland	6 390	3 680
Norwegen	37 000	24 000
Polen	330 200	240 000
Schweiz	16 100	8 800
Ungarn	28 100	21 000
Vereinigte Staaten	6 300 000	—
Australien	113 600	63 100
Belgien	70 400	13 700
Dänemark	39 000	29 500
Deutschland	4 100 000	841 000
Danzig	24 400	18 300
Frankreich	41 100	1 019
Finnland	48 400	7 820
Großbritannien	2 507 000	736 900

Während in vielen der kleineren Länder der Arbeitsmarktverhältnisse günstig ist, werden die größeren Länder außerst hart von der Krise getroffen. In Hollandisch-

